

REZENSIONEN

A. Allgemeines

VSWS 106, 2019/3, 380–381

Karl Braun / Felix Linzner / John Khairi-Taraki (Hg.)

Avantgarden der Biopolitik. Jugendbewegung, Lebensreform und Strategien biologischer „Aufrüstung“

(Jugendbewegung und Jugendkulturen, Jahrbuch 13/2017), V&R unipress, Göttingen 2017, 275 S. (20 Abb.), 32,99 €.

Der vorliegende, aus einer Tagung hervorgegangene Band irritiert zuerst des Titels wegen. Denn Avantgardistisches, also mit vorbildhaftem Fortschritt Verbundenes passt weder zum Stichwort ‚Jugendbewegung‘ noch zum Stichwort ‚Biopolitik‘, und eben dies bezeugen denn auch die insgesamt zehn Texte im Einzelnen. Nur einer von ihnen, der allererste, steht durchgängig für so etwas wie Fortschritt, was indes nur für das Sujet gilt, nicht für die Durchführung. Denn was Vanessa Tirzah Hautmann über die vor allem durch Siegfried Bernfeld und Walter Benjamin berühmt gewordene Jugendzeitschrift *Der Anfang* (1913/14) zu berichten weiß, ist alles andere als neu, wie schon der Umstand belegt, dass der jüngste Titel in Sachen einschlägiger Sekundärliteratur auch schon 15 Jahre alt ist, und dies selbst in Sachen des von Hautmann ganz unzulänglich (S. 22) thematisierten Skandals am Rande dieses Blättchens, nämlich den Zittauer Antisemitismusstreit vom Mai 1913. Nein, so wird es nichts mit ‚Avantgarde‘ und schon gar nicht mit ‚Biopolitik‘, die ja nicht dadurch schon ins Blickfeld rückt, weil sich Jugendliche über (ihre) Sexualität aussprechen. Womit wir schon beim gleich nachfolgenden Text des Seniorherausgebers Karl Braun über Max Hodann (1894–1946) sind. Hierin erfährt man einiges über diesen linken Sexualmediziner und -reformer sowie Schüler von Alfred Grotjahn (1869–1931). Doch was nützt Hodanns Kampf à la *Der Anfang* gegen Bigotterie und Doppelmoral und sein Bekenntnis, ein Mensch sei „von Fleisch und Blut“ (S. 49), wenn auch Hodann sich, letztlich im Geiste seines Doktorvaters, zur Eugenik bekennt, was ja immerhin meint, ‚Fleisch und Blut‘ in die Zucht des Gedankens zu nehmen, ob und wie man „im Interesse des Proletariats“ den „Verlust an wertvollem Erbgut“ (S. 57) verhindern kann?

Immerhin: Dass die über das Stichwort ‚soziale Hygiene‘ markierbare Variante von Biopolitik in der, wie spätestens hier nun betont werden muss, mehrheitlich völkisch orientierten Jugendbewegung noch sehr viel bedenklichere Varianten hatte, zeigt, nach Sven Reiß‘ verdienstvollem Abriss der pädosexuellen Entgleisungen im Verlauf der Geschichte der Jugendbewegung bis in die Gegenwart hinein, der eigentliche Starautor dieses Bandes, Uwe Puschner: Wie gewohnt souverän und quellengesättigt demaskiert dieser Altmeister auf dem Felde der Erforschung der völkischen Bewegung hier, gleichsam in einer Parallelaktion und unter der witzigen Überschrift *Mit Vollkornbrot und Nacktheit – Arbeit am völkischen Körper* die beiden rassistisch orientierten ‚Germanenideologen‘ Gustav Simons (1861–1914) sowie Richard Ungewitter (1869–1958), des Weiteren, fast nebenbei, den ‚Rassenzuchtideologen‘ Willibald Hentschel (1858–1947). Diesen behandelt auch Felix Linzner in seinem gleich nachfolgenden Text über den gleichfalls nicht ganz sattelfesten ‚barfüßigen Pro-

pheten' Friedrich („Muck“) Lamberty (1891–1984), leider ohne Konkretisierung von Hentschels Impulsen für die Artamanenbewegung, deren Ausläufer noch heute im Mecklenburgischen wenig fröhliche Urstände feiern, etwa als AfD-nahe völkische Siedlungsbewegung im ländlichen Raum. Spätestens dieses Beispiel stellt klar, dass die Vokabel ‚Avantgarde‘ endgültig ihren Sinn verliert.

Von den noch folgenden Beiträgen gehört zum engeren Thema vor allem jener von John Khairi-Taraki über Hans Paasche (1881–1920) und Hermann Popert (1871–1932) – wiederum kein wirklich neues Thema. Ähnliches gilt für den Text von Christina Niem über Eugen Diederichs (1867–1930), dessen dunkle Seite – als Lagarde-Bewunderer und Gatte der ‚Blut-und-Boden‘-Lyrikerin Lulu von Strauß und Torney (1883–1956) – von Niem nicht ausgeleuchtet wird, was erklären mag, dass sie die von Diederichs begründete rechtsgerichtete Kulturzeitschrift *Die Tat* mit den nichtssagenden und beschönigenden Worten vorstellt: „Artikulationsmedium, in welchem neue Ideen unterschiedlichster Art präsentiert wurden“. (S. 139) Zu beanstanden ist auch der Artikel von Gabriele Guerra über Gustav Wyneken (1875–1964) und die Freie Schulgemeinde Wickersdorf. Nicht, dass Guerra die Pädophilie Wynekens ausblendet ist hier das Problem, zumal Sven Reiß in seinem Text hierzu einiges gesagt hat, leider ohne – was beim Tagungsthema ja nahegelegen hätte – die Avantgarde-Zuschreibung von pädophilen Wyneken-Bewunderern (wie etwa Rüdiger Lautmann) gehörig auf die Hörner zu nehmen. Bei Guerra ist das Problem eher umgekehrt: Angestrengt versucht sie, via Peter Sloterdijks Anthropotechnik Avantgarde in Wyneken hineinzulesen, statt die Wyneken-Kritik von Jugendbewegungsveteranen wie Werner Kindt eben wegen Avantgarde-Verdachts zu geißeln, was allein schon der Tagungsort nahegelegt hätte, ganz zu schweigen vom Publikationsorgan, das zu Zeiten Kindts unter dem alten Titel *Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung* schon weit aus schlechtere Zeiten erlebt hat.

Damit liegt zugleich auch das Fazit nahe: Die Jugendbewegungsforschung im deutschen Sprachraum kann durchaus noch einen weiteren kritischen Impuls vertragen, auf dass sie weit weniger stark als jetzt im immer gleichen Saft schmort und der Nachwuchs wieder offen wird für Impulse außerhalb jener, die der eigene Doktorvater anempfiehlt. Dann, so scheint mir, wird es auch wieder zu besseren Tagungen und Tagungsbänden kommen.

CHRISTIAN NIEMEYER

Berlin

VSWG 106, 2019/3, 381–383

Florian Bruns u. a. (Hg.)

Geschichte der Pflege im Krankenhaus

(*Historia Hospitalium*, Jahrbuch der Deutschen Gesellschaft für Krankenhausgeschichte 30), LIT, Berlin 2017, 520 S. (58 Abb., 3 Tab., 2 Karten), 59,90 €. 

Dieser Sammelband umfasst eine facettenreiche Sammlung von 32 Artikeln einer interdisziplinären und internationalen Autorenschaft sowie zehn Rezensionen zur Geschichte der Pflege.

Er beginnt mit einem wissenschaftlichen Teil zum Thema Pflegegeschichte. Die hier zugeordneten Beiträge schildern unterschiedliche Problembereiche der pflegerischen Versorgung im 19. und beginnenden 20. Jh., vorwiegend aus einer sozialwissenschaftlich-historischen Perspektive. Dabei werden u. a. Themen wie Judentum und Pflege, Gender and Hospital Nursing, Qualifizierung in der Pflege, sowie der Pflegealltag im Krankenhaus aufgegriffen und mit historischen Dokumenten belegt. Der anschließende interessante Beitrag zu Krankheit und Kranken in den mittelalterlichen norddeutschen Hansestädten hätte inhaltlich ebenfalls gut in den wissenschaftlichen Teil gepasst und wirkt unter der Gliederung „Sonstiger Beitrag“ etwas verloren. Im weiteren Verlauf folgen prägnante Beiträge der European Social Science History Conference (Valencia 2016). Die Verfasser sind ausgewiesene Spezialisten der Medizin- und Krankenhausgeschichte aus Österreich und Deutschland. An dieser Stelle endet der wissenschaftliche Teil des Sammelbandes und es schließt sich ein Gesellschaftsteil an. Dieser beginnt mit Beiträgen, die im Rahmen des 21. Symposiums der Deutschen Gesellschaft für Krankenhausgeschichte 2015 in Salzburg mit dem Titel „Hospitaltypen und Krankenhäuser im Alpenraum in der Neuzeit“ verfasst wurden. Stellvertretend für die unterschiedlichen Themen, sind hier der Beitrag zum Salzburger St. Johanns-Spital von Alfred Weiß, der Beitrag zur spitalischen und außerspitalischen Versorgung von Leprosen im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Nürnberg von Fritz Dross, und der Beitrag zur Kur in der Alpenregion von Christina Vanja erwähnt. Es schließen sich Beiträge an, die im Rahmen des 22. Symposiums der Deutschen Gesellschaft für Krankenhausgeschichte in Magdeburg 2016 vorgetragen wurden. Hier liegt der Schwerpunkt auf der noch selten debattierten Krankenfürsorge im gegebenen historischen und baulichen Umfeld. Sie verdeutlichen, dass ein erheblicher Teil der Fürsorgegebäude vom Mittelalter bis in das 21. Jh. noch existieren und zum Straßenbild vieler europäischer Städte gehören. In diesen Beiträgen erfolgt eine multiperspektivische Annäherung an die Problematik der Krankenfürsorge aus den verschiedenen Blickwinkeln der Krankenhaus-Geschäftsführung, der Denkmalpflege, der Architektur- sowie der Krankenhausgeschichte. Dabei bringen detaillierte architektur- und bauhistorische Analysen Erkenntnisse, die gleichzeitig sozial-, medizin-, kultur-, bis hin zu kunsthistorisch aufschlussreich sind. An dieser Stelle erfolgt die Vorstellung des Preisträgers und der Preisträgerin des Förderpreises der Deutschen Gesellschaft für Krankenhausgeschichte 2016. Preisträger ist Ole Dohrmann. Im Rahmen seiner Dissertationsschrift zur Entwicklung der medizinischen Dokumentation im Charité-Krankenhaus von 1866 bis 1945, schließt er u. a. wichtige Forschungsfragen zur Stellung und Verwendung im klinischen Aufschreibe- und Dokumentationssystem. Preisträgerin Verena Kruza lässt mit ihrer Masterarbeit zum Thema „Operations- und Rettungs-Bunker im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf“ mit beeindruckenden Abbildungen und Darlegungen ein hohes Forschungspotential, sowohl in der Thematik als auch im Herangehen der Verfasserin erkennen. Sie setzt sich in ihrem Beitrag für eine denkmalgerechte Erhaltung und Nutzung des Forschungsobjektes in Kooperation von Klinik und Museum ein. Der Sammelband endet mit zehn Rezensionen zu den Themenfeldern Medizin- und Pflegegeschichte von 2013 bis 2016.

Vor dem Hintergrund der sich entwickelnden aktuellen patientenorientierten Versorgung, in der die Pflege einen hohen Stellenwert besitzt, ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Pflege und Medizin von fundamentaler Bedeutung. In diesem Sinne leistet der vorliegende Sam-

melband einen Beitrag für das historische Grundlagenverständnis einer modernen interdisziplinären Versorgungsforschung.

GISELA C. SCHULZE
Oldenburg

VSWG 106, 2019/3, 383–384

Ute Daniel

Beziehungsgeschichten. Politik und Medien im 20. Jahrhundert

Hamburger Edition, Hamburg 2018, 464 S. (1 Abb.), 38,00 €

Die Wechselbeziehungen zwischen Politik und Medien sind zweifellos spätestens seit dem Aufkommen der Massenpresse zu Anfang des 20. Jh.s ein wichtiges, aber aufgrund der Komplexität beider „Partner“ und der vielfältigen Veränderungen ihrer Beziehungen auch schwer zu fassendes Thema. So bleibt es meist bei Theorien und Einzelstudien, systematische Zugänge sind – so urteilt Ute Daniel selbst – wegen der Komplexität und Kontextabhängigkeit der Wechselbeziehungen zur Oberflächlichkeit in Form von Aussagen wie „Politik und Medien brauchen einander“ verurteilt.

Daniel hat sich daher entschieden, das Problem der fehlenden Überblicksdarstellung nicht systematisch anzugehen, sondern durch einen episodenhaften Vergleich der Beziehungen zwischen Politik und Medien in Großbritannien und Deutschland in fünf Phasen. Dabei erhebt sie nicht den Anspruch, Allgemeingültiges formulieren zu wollen, sondern betont vielmehr, dass ihre Beispiele zwar ähnliche Problemkonstellationen erkennen ließen, gleichwohl aber gerade in ihrer historischen Kontextgebundenheit zu betrachten seien.

In vier dieser Episoden stellt Daniel jeweils Fallbeispiele aus Großbritannien und Deutschland einander gegenüber, das Dritte Reich – illustriert durch Goebbels' Sportpalastrede – steht dagegen mangels vergleichbarer Entwicklungen in Großbritannien allein. Alle Episoden repräsentieren jedoch Phasen des besonders intensiven Kontaktes und der Veränderungen von Politik und Medien. Das betrifft einerseits die konkreten Dynamiken dieses Verhältnisses, so die Formen von direkter Kontrolle durch Zensur oder von indirekter durch enge persönliche Beziehungen zwischen Politikern und Journalisten oder – stärker institutionalisiert – durch Pressekonferenzen. Es betrifft aber ebenso auch die sich wandelnden Strukturen innerhalb der beiden Felder – durch demokratische oder weniger demokratische Systeme auf der einen Seite und neue Medienformen und neue Akteure auf der anderen Seite. Eher angerissen wird bei dieser Beziehungsanalyse die Rolle der Rezipienten, des Publikums, das sich im Falle der Goebbels'schen Rede als fast zu gewandt im Umgang mit Medienereignissen und Propaganda erweist und im Skandal als Gradmesser gesellschaftlicher Mobilisierung dient.

Zwei Aspekte greift Daniel abschließend als besonders prägend für den von ihr betrachteten Zeitraum heraus, wobei sie, getreu der Gesamtkonzeption des Buches, wiederum betont, dass es sich hier um Phänomene handle, die – je nach Kontext – im deutsch-britischen Vergleich sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede erkennen ließen. Dabei handelt es sich zum einen um das

Vertraulichkeitskartell, also die Weitergabe von Insider-Informationen durch Politiker an Journalisten, auf die letztere angewiesen sind, was sie wiederum zwingt, sich an die Regeln dieses Kartells zu halten. Der zweite Aspekt ist die dominanteren Stellung der Politik in ihren Möglichkeiten, die Medien zu reglementieren, zu kontrollieren oder zu blockieren, deren Ausmaß wiederum von politischen System abhängt.

Insgesamt stellt das Buch einen wichtigen und sicherlich auch für weitere Studien anregenden Gegenentwurf zu einem Trend der immer globaleren und verstetigten Betrachtung historischer Prozesse und Phänomene dar. Daniel appelliert stattdessen daran, diese in ihrer Kontextgebundenheit und Komplexität zu akzeptieren und sich auf Verworrenheiten einzulassen, statt zwanghaft eine Entwicklungsgeschichte erzählen zu wollen.

ANNIKA KLEIN

Frankfurt am Main

VSWG 106, 2019/3, 384–385

Stefan Haas / Michael C. Schneider / Nicolas Bilo (Hg.)

Die Zählung der Welt. Kulturgeschichte der Statistik vom 18. bis 20. Jahrhundert (Studien zur Alltags- und Kulturgeschichte 32), Steiner Verlag, Stuttgart 2019, 261 S. (25 Abb., 1 Tab.), 52,00 €.

Erst als die Statistiker des späten Kaiserreichs Beruf und Konfession als Kategorien zur Beschreibung der deutschen Bevölkerung einsetzten, wurde die überproportionale Präsenz von Juden in akademischen Berufen zu einer sozialen Tatsache (S. 17), d. h. konkret: Die Zahlen wurden als vermeintlich objektiver Beleg für antisemitische Verschwörungsdiskurse nutzbar. Beobachtungen wie diese stehen im Zentrum des anzuzeigenden Sammelbands, dessen elf Beiträge danach fragen, „wie Statistiken Realität repräsentieren und wie sie dadurch eine kulturelle Wirklichkeit erzeugen“ (S. 10). Es geht um die Entstehung, den Wandel und die Wirkung der Statistik als Medium gesellschaftlicher Kommunikation seit dem 18. Jh., aber auch vertieft um die oft widersprüchliche – und die selbstgesetzten Vollständigkeitsansprüche stets verfehlende – Praxis der Zahlenerfassung. Und es geht um die Machtwirkungen der dafür notwendigen Vorgänge (Kategorisieren, Einordnen, Ausschließen), die mit der seit dem ausgehenden 19. Jh. zunehmenden Mathematisierung der Statistik schrittweise unsichtbarer geworden ist.

Die versammelten Fallstudien sind thematisch, zeitlich und geographisch ganz unterschiedlich gelagert. Gut vertreten sind Untersuchungen zum Modernisierungsprozess in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jh.s durch Axel C. Hüntelmanns Beitrag zur Geschichte der Medizinalstatistik und Christa Kamleithners Untersuchung der Statistik-Euphorie in der Stadtplanung. Am Beispiel der Schweizer Regenmessung rekonstruiert Franziska Hupfer für den gleichen Zeitraum die konkreten (Alltags-)Praktiken des Umwandeln von natürlichen Phänomenen in gesellschaftlich verhandelbare Zahlenwerte. Ähnlich praxisorientiert blickt Wolfgang Göderle auf den Zensus von 1869 im Habsburgerreich und argumentiert, dass das statistisch verfügbar gemachte Wissen die

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

Selbstverortung der politischen Subjekte nach Klassen verstärkt habe. Christina Rothen und Thomas Ruoss sowie Lukas Boser und Michèle Hofmann blicken auf die Schweizer Schulstatistik bzw. auf die Konstruktion des Schulkinds in der Schweiz im gleichen Zeitraum. Der Beitrag von Theresa Wobbe geht der Internationalisierung der Arbeitsstatistik ab 1900 nach und Martin Bemmann befasst sich mit der Genese der Weltwirtschaftsstatistik in der Zwischenkriegszeit. Ebenfalls mit Blick auf das im 20. Jh. entstandene Kommunikationssystem der internationalen Organisationen, fragt der Beitrag von Heinrich Hartmann, wie nach 1945 nicht nur die Anzahl der Menschen gezählt wurde, sondern auch deren Verhalten zählbar gemacht werden sollte. Hajo Fröhlich untersucht die Bildungsstatistik im spätkaiserlichen China (1882–1938) und Andrea Bréard fragt nicht, wie viele Chinesinnen und Chinesen es wann gegeben hat, sondern seit wann und in welcher Form dieses Wissen für die politische Kommunikation relevant geworden ist.

Für die sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Forschung insbesondere zum 19. und 20. Jh. sind die hier dokumentierten Forschungsergebnisse hoch relevant. Denn gerade weil die Einzelstudien stark divergierende Thematiken, Räume und Zeitumstände abarbeiten, ergibt sich in der Summe eine fundierte Quellenkritik der statistischen Überlieferung. Die Vielfalt der Beispiele macht deutlich, dass zur Rekonstruktion des sozioökonomischen Wandels notwendigerweise auch die Aufgabe hinzutreten muss, den Wandel von kollektiven Selbstbeschreibungen und ihrer Medialität als einen wesentlichen Basisprozess der „Modernisierung“ zu beschreiben. Insofern versteckt sich in dem gut gelungenen Sammelband ein Forschungsprogramm, welches der heute oft etwas zu blind angeschriebenen „Digitalisierung“ eine historische Tiefe verleiht.

DANIEL SPEICH CHASSÉ

Luzern

VSWG 106, 2019/3, 385–386

Karin Hofmeester / Marcel van der Linden (Hg.)

Handbook Global History of Work

De Gruyter, Berlin/Boston 2018, 604 S., 159,95 €.

Der Aufschwung der deutschsprachigen Arbeitergeschichte ist weniger als ein nationales Phänomen zu begreifen, sondern vielmehr als ein Anschluss an transnationale Forschungsentwicklungen zu erklären (z. B. „Re: Work“, Berlin; Neugründung der „German Labour History Association“ 2017). Die zukünftige Aufgabe liegt daher vor allem im Austausch mit der globalhistorisch geprägten Forschungslandschaft – insbesondere im Umfeld des maßgeblich prägenden International Institute of Social History in Amsterdam.¹ Aus diesem Umfeld der Global Labour History-Forschung stammt auch das besprochene Handbuch. Es dokumentiert insbesondere die jüngsten Ergebnisse des Projekts „Global Collaboratory on the History of Labour Relations“ (2007–2012), denn eine Vielzahl der Beiträgerinnen und Beiträger sind mit dem Institut (in)direkt assoziiert.

Die knapp 30 Einzelbeiträge gruppieren sich um acht inhaltliche Schwerpunktkapitel von unterschiedlichem Umfang und inhaltlicher Ausdifferenzierung. Bereits im instruktiven Einfüh-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

runskapitel wird deutlich, dass weniger die formale und inhaltliche Homogenität als vielmehr die Individualität und Diversität der Beiträge im Zentrum stehen. Denn, so die Herausgeber, gerade die Pluralität sei wesentliches Merkmal einer Globalgeschichte der Arbeit (S. 11). Dies spiegelt sich auch in der Auswahl geographischer und thematischer Schwerpunkte wider: Sie erstrecken sich auf die Themenbereiche der Formen, Beziehungen und der Organisation von Arbeit.

Kapitel zwei bis vier bilden den inhaltlichen Kern des Handbuchs. Die geographische Betrachtung (Kapitel 2: „Regions“) offenbart besonders die starken regionalen Unterschiede zwischen umfassenden Forschungsarbeiten v. a. „des Westens“ gegenüber ersten Ansätzen einer Globalgeschichte der Arbeit im „Global South“, in Osteuropa oder der Türkei. Zwar werden anhand der neun Einzelbeiträge die einzelnen Weltregionen nebeneinander umfassend dargelegt, die Schwierigkeit einer globalhistorischen Verschränkung wird jedoch besonders deutlich. Diese Querverbindungen zeichnen sich in der Betrachtung der Arbeitsbereiche und -beziehungen in den Folgekapiteln dagegen umso stärker ab. Insbesondere der Know-How-Transfer im Bereich des „Mining“, die globalen Produktionsketten der „Textile Industry“, die mobile Arbeiterschaft im Bereich „Trade, Transport, and Services“ sowie die Beschäftigung von „Administrative Staff“ in supranationalen Organisationen veranschaulichen, wo zukünftige Forschungen ansetzen können (Kapitel 3: „Types of Work“). Auch die erweiterte und historisch langfristige Perspektive der „Labour Relations“ (Kapitel 4) wird den Ansprüchen einer neuen globalhistorischen Perspektive der Arbeit auf inspirierende Weise gerecht: Sie umfasst die klassischen Lohnarbeit ebenso wie die Subsistenz- und Hausarbeit sowie die gründliche Differenzierung von Straf-, Pflicht- und Sklavenarbeit.

In den abschließenden vier Kapiteln (5–8) stehen einzelne Teilbereiche der Labour History im Fokus. Während die Beiträge zu Streiks und Gewerkschaften in Kapitel acht („Organization and Resistance“) eher zur Vervollständigung des Gesamtspektrums einer umfassenden Geschichte der Arbeit beitragen, sind die übrigen Beiträge in ihrer erneuerten Forschungsausrichtung besonders spannend: So hinterfragen die Beiträge zu „Labour Migration“ sowie „Work Incentives and Forms of Supervision“ auch bereits kanonisierte Forschungsergebnisse und appellieren an neue Ausrichtungen jenseits etablierter Formen des „Mainstreams“ (S. 470). Auch in der Forschung bislang weniger beachtete Aspekte von Arbeit wie die individuelle Arbeitseinstellung, Mutualismus oder Flucht finden Berücksichtigung.

Insgesamt erweist sich die Lektüre der Beiträge als äußerst anregend, denn ihr ausgesprochener Mehrwert liegt in der konsequenten Betonung des Potenzials einer zukünftigen Globalgeschichte der Arbeit. Das Handbuch ist damit eine äußerst hilfreiche Handreichung zum aktuellen Forschungsstand sowohl für die Arbeiten aus dem Bereich der Global- als auch aus dem der Labour-History. In Gänze überwiegt das hohe Maß an Pluralität dieser „Global History of Work“, was ihren Erkenntniswert jedoch keineswegs schmälert. Das „Verbindende“ (S. 11) bleibt vielmehr die Herausforderung zukünftiger Forschung.

- 1 u. a. Jan Lucassen (Hg.): *Global Labour History. A State of the Art*, Bern u. a. 2006; Marcel van der Linden: *Workers of the World. Essays Toward a Global Labour History*, Leiden u. a. 2008.

NINA KLEINÖDER
Marburg

VSWG 106, 2019/3, 387–388

Sarah Neumann / Ines Weber / David Weiss (Hg.)
Ad laudem et gloriam. Festgabe für Rudolf Holbach
 VGK, Trier 2016, 376 S., 49,00 €.

Die 19 Beiträge zu Ehren des Oldenburger Mittelalterhistorikers Rudolf Holbach spiegeln seine historiographische Tätigkeit. Sie reichen methodisch von der quellengesättigten Einzeluntersuchung bis zur Diskussion übergreifender Fragen, von der Ereignisgeschichte bis zur Biographik, von Forschungsproblemen der Erinnerungskultur bis zur musealen Vermittlung historischer Sachverhalte und Geschichtsbilder. Die Themen sind insbesondere im nordwestdeutschen Raum beheimatet.

Der Hanseraum begegnet in dem Band v. a. in seinen politischen Konnotationen, wobei sein Charakter als Wirtschaftsraum stets mitschwingt. So ist etwa die „Selbsterfindung“ eines barocken Projektentwicklers (Dagmar Freist) durch den Versuch der Institutionalisierung von Wirtschaftsbeziehungen zwischen England und dem Herzogtum Hannover begründet. Einer vergleichbaren Leitidee folgen die Beiträge über „Subjektivierung und Selbst-Bildung“ der spätmittelalterlichen Erzbischöfe anhand der Magdeburger Bischofschronik (Ines Weber) und der Fall des in Russland im 18. Jh. zu höchsten Ämtern gelangten Oldenburger Grafen Burchard Christoph von Münnich (Gunilla Budde). Mit der Frage der Mitgliedschaft ostniederländischer Städte in der Hanse (Volker Henn) und der Herstellung von Geschichtskarten über die Hanse (Stephan Selzer) werden ebenfalls geographische und politische Strukturen angesprochen. Als raumbildend erwies sich auch die Diffusion von Stadtrechten, wie der Blick auf Magdeburg und Stendal lehrt (Matthias Puhle). Die Aktivitäten des Oldenburger Grafenhauses in der Region zwischen den Niederlanden und Dänemark (André R. Köller) gewähren ebenso wie der Fall eines politisch und fiskalisch hasardierenden Lübecker Domherrn (Rolf Hammel-Kiesow) Einblick in familiäre Verflechtungen sowie das ambivalente Verhältnis zwischen Landesherren und den um Autonomie bemühten Städten der Region (Gerd Steinwascher), die im Inneren Konflikte zwischen den Führungseliten und aufstrebenden Schichten um Partizipation austrugen (David Weiss), für die das Rathaus als Symbol aufgefasst werden kann (Michel Pauly). Ins Allgemeine gewendet werden solche Probleme mit der Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Stadtwerdung und Bürgerstatus (Knut Schulz), wobei auch königliche Städtepolitik wie die Ludwigs des Bayern als Raumwirtschaftspolitik aufgefasst werden könnte (Franz Irsigler). Dieser Fragenkomplex wird durch eine interessante Rückbesinnung auf Max Webers Städtetypologie fundiert (Michael Sommer).

Den im Wechselspiel zwischen der Interpretation der Quellen und öffentlicher Rezeption und Vermittlung entstehenden Geschichtsbildern nähern sich die übrigen Beiträge des Bandes. So setzt die Bestandsaufnahme der spätmittelalterlichen päpstlichen Plenarablässe beim Ablassstreit an (Stuart Jenks). Freilich mündet die Analyse in die bestenfalls partiell nachvollziehbare These, jenem weithin die Bedeutung für den Beginn der Reformation abzusprechen. Ähnliche Einschränkungen mögen für den Vergleich der Präsentation der zentralen Symbole Kreuz und Schwert in drei Oldenburger Museen gelten, welcher letztlich in weitgehend formalen Beobachtungen steckenbleibt. Während hier nach einer angemessenen Inszenierung gefragt wird (Kirsten Darby), dürften durch Spielfilme vermittelte Geschichtsbilder eine weit nachhaltigere Breitenwirkung entfalten (Hans Henning Hahn). Die gezeigten „Helden“ korrespondieren auf fatale Weise mit den inzwischen

entzauberten „großen Männern“ als Motoren der Geschichte. Eine solche Sichtweise problematisieren die in vielen deutschen Städten geführten Debatten über (Um-)Benennungen von Straßen. Das im Band dokumentierte Projekt in Oldenburg hat dabei Einstellungen zutage gebracht, die an der Wirksamkeit wissenschaftlicher Argumente gegenüber vorgefassten Meinungen zweifeln lassen (Dietmar von Reeken). Kurz, die Geschichtswissenschaft hat sich der Tatsache zu stellen, dass im kollektiven Gedächtnis Vorstellungen ein Eigenleben führen und als Leitgedanken wirkmächtig sind, wie etwa der heute noch beschworene „Hansegeist“ (Malte Thiessen). In summa steht die Festschrift für das Spannungsfeld der Interessen an historischen Vorgängen, deren Wahrnehmung und den Umgang damit. Sie erstreckt sich auf die Dimensionen, die Geschichte ausmachen und das Grundbedürfnis an geschichtlicher Selbstvergewisserung erfüllen.

FRANK GÖTTMANN
Paderborn

VSWG 106, 2019/3, 388–389

Andrea Riotte

Diese so oft beseufzte Parität. Biberach 1649–1825: Politik – Konfession – Alltag (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B: Forschungen 213), Kohlhammer, Stuttgart 2017, 779 S., 64,00 €.

Die an der Universität Tübingen erarbeitete Dissertation widmet sich einem bekannten Thema, das von Zeitgenossen sowie der jüngeren und älteren Forschung gleichermaßen mit Erstaunen beurteilt wurde. Umso bedauerlicher ist das Fehlen einer Auseinandersetzung mit dieser Forschung, obwohl einige einschlägige Protagonisten erwähnt werden. Ausgehend von der Kritik der Aufklärung wird ein ökumenischer Blick berücksichtigt, dessen weiterführender Grund nicht erkennbar ist, um anbindungslos zu Blaschkes Konzept der Zweiten Konfessionalisierung und zu den *civitates mixti status* zu gelangen. Paul Warmbrunns zentrale Arbeit bleibt unreflektiert, wohingegen die Lokalhistoriographie bestens aufgearbeitet wird. Nur ansatzweise wird daher eine übergeordnete, an der Forschung ausgerichtete, diese kritisch reflektierende Fragestellung sichtbar. Wenn Riotte nach der Praxisrelevanz von Parität in Biberach, nach Unterschieden zu anderen Städten und der Bedeutung des Konfessionsfaktors fragt (S. 32), handelt es sich um Untersuchungsgegenstände, die im Schlussteil von neu aufgeworfenen Fragen überlagert werden. Das wirkt nicht wirklich durchdacht. Dabei sind die konkreten Ergebnisse interessant: Riotte arbeitet heraus, wie sehr der irenische Prozess von den temporären Interessen der Ratseliten abhängig war und nach der Mediatisierung von starrer Konfessionalität abgelöst wurde, die in dem Entstehen zweier politischer Gemeinden und Parallelgesellschaften mündete. Zugleich zeigt Riotte die Felder des konfessionellen Miteinanders im Sinne des gegenseitigen Respekts auf, die just jene Parallelgesellschaften wieder zusammenführten. Dabei erwiesen die Ehrenrituale der Ratseliten, wie dünn die unsichtbare Grenze sein konnte, wenn es um gemeinsame Abgrenzung nach unten ging. Gleichermäßen massiv erscheint der Druck auf die Konfessionseleiten gewesen zu sein, wobei die spezifischen Unterschiede interessiert hät-

ten. Bei den Katholiken betrieben die Ratseliten eine Seklusionspolitik, die den Konfessionsfaktor zu eigenen Gunsten instrumentalisierte, während sich die protestantischen Eliten als neunobilitierte gegenüber der eigenen Gruppe und den Katholiken zu behaupten hatten. Bei ihnen wurde die Konfession in den Händen devianter Gruppenmitglieder zu einer „Handelsware“, weil diese mit Konversion zu den Katholiken drohen konnten, deren Ratseliten zwar ebenso harsch Strafen forderten, aber gnädig mit den sündhaften Konvertiten waren. Mochte man 1649 die Parität als Befreiung empfunden haben, erwies sie sich in der Praxis intern letztlich als Last. Umso skurriler mag es anmuten, dass trotz vielfältiger Annäherungen die staatliche Intervention zur endgültigen Überwindung der Trennung in Einheit nach 1818, ein derartiges Schockerlebnis für beide Konfessionsgemeinden und deren Eliten gewesen zu sein scheint, dass daraus eine wirkliche Zweite Konfessionalisierung erfolgte, die die tiefe Verwurzelung der paritätischen Tradition bewies.

All diese Einzelergebnisse bieten den Nährstoff für weitere Forschungsfragen, die die Vf.in nicht nur mit Blick auf die Konfessions-, sondern gerade auch die ein wenig eingeschlafene Stadtgeschichte hätte aufwerfen und vertiefen können. Doch genau das fehlt. Stattdessen wird der Leser alleingelassen mit dem Verweis auf den 11. September 2001, auf die „Zunahme religiös-fundamentalistischer Bewegungen“ (S. 766), auf Hinweise zum Nahen Osten und Nordirland und schließlich auf die Leistungsfähigkeit der Parität angesichts ihrer Befriedigungsfähigkeit, weil sie „ihren Zweck erfüllte“ (ebd.). Zweifellos steht es einem Frühneuzeithistoriker unserer Zeit wohl an, „seine“ Untersuchungsgegenstände in aktuelle Bezüge einzubinden; nur müssen diese passen: Die Studie weist keineswegs aus, wie funktional die Parität in Biberach war, wohl aber wie sehr ökonomische Interessen (insbesondere der Eliten) die Konfessionsproblematik befeuerten oder dämpften – hier drängt sich der Vergleich auf; aber vielleicht ist das zu kritisch für unsere neoliberale Gesellschaft der Postmoderne, gleichgültig welcher Konfession oder Religion.

ALEXANDER JENDORFF

Gießen

B. Allgemeine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

VSWG 106, 2019/3, 389–391

Sebastian Brünger

Geschichte und Gewinn. Der Umgang deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit

(Geschichte der Gegenwart 15), Wallstein, Göttingen 2017, 452 S., 39,90 €.

Als im Sommer 1987 die Debatte um eine Entschädigung der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf einen neuen Höhepunkt zusteuerte, schlug ein bei Daimler-Benz auf Vorstandsebene eigens installierter Arbeitskreis die Gründung eines Ausschusses zur „Bearbeitung von Kriterien für die Zwangsarbeiter-Bewertung“ vor, dem neben Richard von Weizsäcker und Henry Kissinger auch Mutter Teresa angehören sollte. Sebastian Brünger wertet diesen Vorschlag, der begreiflicher-

weise nie realisiert wurde, als Indiz für die Bereitschaft des Konzerns, sich den „Spielregeln der öffentlichen, medial inszenierten Auseinandersetzungen um Entschädigungsleistungen“ anzupassen (S. 262). Der Vorschlag lässt allerdings auch erahnen, wie groß die Panik in Stuttgart zumindest vorübergehend gewesen sein muss.

Brünger versucht in seiner bei Martin Sabrow an der Humboldt-Universität zu Berlin entstandenen Dissertation den „Umgang deutscher Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit zu erklären und dabei Unternehmen als Akteure der deutschen Geschichtskultur kritisch zu reflektieren“ (S. 15), und zwar von 1945 bis in die 1990er Jahre. Ein solches Unterfangen erfordert verständlicherweise einen exemplarisch angelegten inhaltlich-methodischen Zugriff: Näher untersucht werden vier Großunternehmen, die ein prägnantes geschichtspolitisches Verhaltensmuster bzw. einen bestimmten Zeitabschnitt repräsentierten: IG Farben bzw. Bayer, Deutsche Bank, Daimler-Benz und Degussa. Der Quellenkorpus umfasst veröffentlichte Materialien wie Firmenchroniken, Festschriften, Reden und Pressekonferenzen sowie unveröffentlichte Dokumente (bis Mitte der 1980er Jahre) aus den entsprechenden Konzernarchiven und aus einschlägigen staatlichen Archiven.

Wie mit Blick auf den übergreifenden Paradigmenwandel der deutschen Geschichtskultur, konstatiert der Autor auch auf der Ebene der Konzerne einen allmählichen Wandel vom „Entlastungskonsens“ der 1950er Jahre, zum „Erinnerungskonsens“ der 1990er Jahre (S. 11). Konnten Industrielle wie Fritz ter Meer und seine Kollegen im Nürnberger IG Farben-Prozess mit ihrem Opfer- und Entlastungsnarrativ vom unpolitischen, aber patriotischen Unternehmer in einer diktatorischen Zwangswirtschaft den Vergangenheitsdiskurs der späten 1940er und der 1950er Jahre maßgeblich prägen – ein Narrativ, das auch von Hermann J. Abs und der Deutschen Bank während der juristischen Abwehr der Angriffe des DDR-Historikers Eberhard Czichon in den 1960er Jahren tradiert wurde, so bahnte sich in den 1980er Jahren ein grundlegender Wandel an. Eine neue, persönlich nicht involvierte Managergeneration spielte dabei neben ökonomische Faktoren die entscheidende Rolle. Daimler-Benz beschränkt sich anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten in mehrfacher Hinsicht neue Wege: Das Unternehmen stellte „Entschädigungen in Aussicht, ohne dass konkrete Forderungen von ehemaligen Zwangsarbeitern erhoben worden waren“. Es war ferner ein Novum, dass an alle, also nicht nur an jüdische Zwangsarbeiter gezahlt werden sollte. Neu war auch, dass die Erforschung der Firmengeschichte in wissenschaftliche Hände gegeben wurde – selbst wenn die ersten Ergebnisse keineswegs unwidersprochen blieben. Mit der expliziten „Trennung zwischen juristischen Ansprüchen und moralischen Erwägungen“ knüpfte Daimler-Benz hingegen an die Sprachregelung früherer Jahrzehnte an (S. 254). Am Beispiel der Degussa zeigt der Autor schließlich, wie nicht zuletzt der Druck aus den USA – sowohl seitens der Regierung als auch durch Sammelklagen – dazu führte, dass sich „der harte Kern der alten ‚Deutschland AG‘“ (S. 339) nach 1989/90 widerstrebend auf jene „große Lösung“ in Gestalt der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ einließ.

Brünger zeichnet auf beeindruckende Weise und mit sicherem Gespür für wichtige Details, den langen und keineswegs gradlinigen Weg (nicht nur!) der vier Konzerne vom „Beharren auf einem fleckenlos reinen Selbstbild, hin zum demonstrativen Bekenntnis zu den dunklen Kapiteln der Firmengeschichte“ (S. 394) nach. Insbesondere die Kapitel zur Deutschen Bank und zu Daimler-Benz enthalten viele neue Fakten und Erkenntnisse. Den Wandel erklärt Brünger und liefert gewissermaßen nebenbei auch noch eine veritable Geschichte der Unternehmensgeschichtsschreibung im

„Spannungsverhältnis zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Wissenschaft“ (S. 398). Ein wichtiges und hervorragendes Buch!

WERNER BÜHRER
München

VSWG 106, 2019/3, 391–393

Frank Bösch (Hg.)

Wege in die digitale Gesellschaft. Computernutzung in der Bundesrepublik 1955–1990

(Geschichte der Gegenwart 20). Wallstein, Göttingen 2018, 326 S. (8 Abb.), 29,90 €.

Digitalisierung ist das Schlagwort unserer Tage. Es behauptet, dass wir es nun – über 70 Jahre nach der Erfindung des elektronischen Digitalcomputers – mit einer neuen, umwälzenden technologischen Entwicklung zu tun hätten. Dies unterschlägt gleichzeitig, dass nicht nur der Computer selbst, sondern auch dessen Nutzung in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft eine jahrzehntelange Vorgeschichte hat. Umso dankenswerter ist es, dass sich die Zeitgeschichtsschreibung jetzt auch einer Sozialgeschichte der Computernutzung angenommen hat. Der vorliegende von Frank Bösch vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam herausgegebene Band versammelt 13 Beiträge, die überwiegend im Rahmen eines größeren, dreijährigen Forschungsprojekts zu den Anfängen der digitalen Gesellschaft entstanden sind. Damit, so Herausgeber Bösch in seinem einleitenden Kapitel, soll eine Lücke in der aktuellen Zeitgeschichtsschreibung geschlossen werden, die v. a. durch wirtschafts- und technikhistorische Innovationsgeschichten geprägt sei. Hier gehe es v. a. darum, die „Wechselwirkungen zwischen digitalen Techniken und gesellschaftlichen Veränderungen“ (S. 8) in Deutschland näher auszuloten. Allerdings scheint es eine Prämisse der Autoren zu sein, die technische Entwicklung als weitgehend gegeben zu akzeptieren, denn die Beiträge befassen sich mehr mit den Auswirkungen der Computernutzung auf bestimmte wirtschaftliche und gesellschaftliche Bereiche und weniger mit den Rückwirkungen dieser Nutzung auf die Technikgestaltung.

Der Band nähert sich diesem Anspruch in drei sehr unterschiedlichen Teilen. Im ersten Teil geht es um die Nutzung des Computers zu Zwecken der Sicherheit und Kontrolle durch Polizei, Geheimdienste und Militär und knüpft damit an die staatlich-militärischen Wurzeln der Computertechnik an. So zeichnet Rüdiger Bergien in seinem Kapitel über die Anfänge der computerbasierten polizeilichen Fahndung die Diskussion darüber nach, was der Staat über seine Bürger wissen soll und darf. Während die öffentliche Debatte vor dem Hintergrund des RAF-Terrors der 1970er Jahre die Spannbreite zwischen großen Versprechungen („Kommissar Computer“, „Rasterfahndung“) und grundlegender Kritik („Überwachungsstaat“) aufwies, stellte sich der Aufbau und die Nutzung entsprechender Datenbanken als praktisch schwierig heraus. Dezentrale Datenbestände, inkompatible Formate und Systeme und die noch unausgereifte Datenkommunikation führten zusammen mit unpassenden bürokratischen Strukturen dazu, dass weder die euphorische noch die

Schreckensvision in greifbare Nähe kamen. Zu ähnlichen Erkenntnissen kommt auch Constantin Goschler u. a. in Bezug auf den Aufbau und die Nutzung gemeinsamer Datenbanken im Rahmen der transatlantischen Zusammenarbeit der Geheimdienste. Aufschlussreich ist auch der Beitrag von Janine Funke zur frühen Computerisierung der Bundeswehr. Sie macht sehr deutlich, dass es zwar bei den Führungs- und Waffensystemen einen erheblichen amerikanischen Druck zur Computerisierung gab, die Einführung von Computertechnik in anderen Bereichen aber ähnlich wie bei anderen staatlichen Bürokratien schleppend und vorwiegend unkoordiniert erfolgte.

Im zweiten Teil des Buchs geht es um „digitale Arbeitswelten“. In drei Branchenanalysen (Martin Schmitt: Kreditwirtschaft; Thomas Kaspar: Sozialversicherung; Paul Erker: Kommunale Versorgung) wird gezeigt, wie der Computer zunächst als Mittel zur Rationalisierung ganz konkreter Unternehmensprozesse (z. B. Abrechnungen) eingeführt wurde und welche Hemmnisse und Barrieren dabei zu überwinden waren. Mittelfristig, so zeigen die Fälle, hat sich der Computereinsatz schnell verbreitet und zu tiefgreifenden Veränderungen in Unternehmenskultur und -organisation geführt. In etwas anderer Perspektive beleuchtet Kim Priemel die technologisch induzierten Veränderungen innerhalb der Druckindustrie seit den 1960er Jahren und stellt dabei die Aushandlungsprozesse zwischen Gewerkschaften und Unternehmen in den Vordergrund. Dabei zeigt sich eine erstaunliche Bandbreite der Gewerkschaftspositionen zwischen Technikoptimismus und Überschätzung der eigenen bröckelnden Machtposition, die einen tiefgreifenden Wandel einer klassischen „Industrie“ in eine Dienstleistungsbranche zur Folge hatte. Besonders interessant ist der Beitrag von Michael Homburg, der die Veränderungen im Berufsbild der „Computerspezialisten“ nachspürt. Er beleuchtet dabei, wie geschickt die Industrie in den 1960er Jahren eine bunte Mischung von Quereinsteigern zu EDV-Praktikern weitergebildet hat und diesen Arbeitsplätze mit hohem Renommee und guter Bezahlung bieten konnte. Erst im Zuge der Akademisierung der Informatik-Ausbildung und unter dem Druck der wirtschaftlichen Krisen seit Anfang der 1980er Jahre kam es hier zu einer Art Kulturwandel.

Im dritten Teil geht es schließlich um „alternative Nutzungsformen“ und dabei vorwiegend um die (Sub-)Kultur der „Hacker“. So spürt Julia Erdogan in ihrem Kapitel der Geschichte der Computeramateure und Hacker in West- (Chaos Computer Club) und Ostdeutschland (Haus der jungen Talente) nach und zeigt, dass es bei allen – dem politisch-gesellschaftlichen Umfeld geschuldeten – Unterschieden eine bemerkenswerte Übereinstimmung im Lebensgefühl der Computeramateure gab, die schon bald nach der Wende 1989 zu einer gemeinsamen Szene mit einem neuen Brennpunkt in Berlin führte. Ergänzend dazu widmet sich Gleb Albert der Hackerszene als einem zentralen Element der (illegalen) Verbreitung von Software über die Grenzen der von Unternehmen adressierten Zielgruppe und regionaler Märkte hinaus und macht schlaglichtartig deutlich, wie geknackte Software in den Ländern des damaligen Ostblocks, in der Türkei und in Lateinamerika eine wichtige Rolle bei der Begründung einer regionalen Computerszene gespielt hat. Matthias Röhr lässt schließlich den aus populärer Perspektive schon häufiger erzählten Konflikt zwischen der „Mailboxszene“ auf der einen und der Deutschen Bundespost auf der anderen Seite Revue passieren und macht deutlich, wie durch subversive Techniknutzung die Ziele scheinbar unbeweglicher Staatsmonopolisten unterlaufen werden konnten. Abschließend setzt sich dann Martina Hessler mit dem Phänomen des Computer-Schachs auseinander und analysiert an diesem Beispiel die bemerkenswerte Neudeutung des Mensch-Computer-Verhältnisses bei zunehmender „Intelligenz“ des Computers.

Alles in allem handelt es sich um einen inhaltlich ertragreichen Band. Die Beiträge werfen aber wegen der Vielzahl der behandelten Beispiele und ihrer relativen Kürze nur ein Schlaglicht auf die Phänomene der Computerisierung; auch der von manchen Autoren versprochene Ost-West-Vergleich fällt eher schwach aus. Das Buch stellt einen wichtigen ersten Schritt bei der historischen Aufarbeitung der „Digitalisierung“ dar.

MICHAEL FRIEDEWALD
Karlsruhe

VSWG 106, 2019/3, 393–394

Paul Fröhlich
„Der unterirdische Kampf“. Das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt 1924 bis 1943

Ferdinand Schöningh, Paderborn 2018, 508 S., 89,00 €.

Die noch vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt / Freiburg herausgegebenen neun (eigentlich elf) Bände der Reihe „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ suggerieren dem ‚Allgemeinhistoriker‘, die Geschichte des Militärs während der NS-Zeit sei ausgeforscht. Dass dem nicht so ist, zeigt eindrucksvoll der hier vorzustellende Band.

Paul Fröhlich analysiert in seiner, in drei große Kapitel (1880–1934; 1934–1939; 1939–1943) gegliederten Studie die „organisationellen Konflikte“ vor allem des „Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes“ (WiRü-Amt). Er fragt, inwieweit diese Konflikte „das Resultat einer professionellen Diversifizierung“ waren. Ins Zentrum seiner Untersuchung stellt er die Kultur dieses Amtes. Nur so sei dem Selbstverständnis und Handeln sowie der Dynamik dieser militärökonomischen Einrichtung beizukommen. Statt den riesigen Organisationsapparat von schließlich etwa 35.000 Beschäftigten umfassend darzustellen, fokussiert Fröhlich die unmittelbare Führungsebene biografisch und porträtiert elf zentrale Protagonisten, die über mehrere Jahre Führungspositionen im WiRü-Amt bekleideten. Indem er deren Lebensläufe und Erfahrungshorizonte ausleuchtet, gelingt es ihm, die soziokulturellen Fundamente und die Räume wie Grenzen der Handlungsmöglichkeiten des Amtes auszuloten.

Konzeptionell recurriert der Verf. nicht zuletzt auf das Habituskonzept Bourdieus und die Weiterungen, das diese inzwischen erfahren hat. Im ersten „Prägungen“ überschriebenen Kapitel zeigt Fröhlich, dass die „Gruppe der ‚bureaucratic‘ bzw. economic professionals“ innerhalb des Militärs aufgrund der die Niederlage 1918 und des Drucks zur Modernisierung die „bisherige Exklusivität der ‚operational professionals“ im reichsdeutschen Offizierskorps in Frage stellte. Die forcierte Aufrüstung ab 1936 und dann das „Laboratorium“ des Zweiten Weltkrieges beschleunigten die Durchsetzung „neuer, den traditionellen Rahmen des Militärs verlassende Methoden und Rollenbilder“ und begünstigten die Ausbildung eines starken Selbstbewusstseins der ‚Manager und ‚Ingenieure‘ unter den Offizieren, gegen traditionelle Hierarchien und überkommene Statuszuweisungen.

Im zweiten Teil – „unklare Befehlsverhältnisse“ betitelt – fragt Fröhlich nach neuen „ungewöhnlichen Formen“ militärbürokratischer Praxis im Zeichen von Aufrüstung und Kriegswirtschaft, „im

Verhältnis zum vermeintlich klassischen Verwaltungshandeln“. Die von der von der Hitler-Diktatur eingesetzten Sonderkommissare, die in die bis 1933 weitgehend hermetische militärische Sphäre eindringen, wurden im WiRü-Amt nach „anfänglichem Widerstand als neue ‚Gravitationszentren‘ anerkannt und beflügelten dort die Selbstmobilisierung. Die Verschiebungen innerhalb des NS-Systems und der hohe Grad an NS-typischer Personalisierung der Herrschaftsbeziehungen verstärkten gleichzeitig eine ausgeprägte Informalität der Kommunikations- und Koordinationsstrukturen.

Schon bis 1939 ließ sich ein hohes Maß eines nicht von außen angestoßenen Aktivismus‘ beobachten, in dessen Folge gewohnte Handlungsmuster ausgehöhlt wurden. Der Krieg, dies zeigt Fröhlich im dritten großen Kapitel, beschleunigte die „Dynamiken und Praktiken der Selbstmobilisierung“ weiter. Abgeschlossen wird die Darstellung durch einen knappen Blick auf die Lebensläufe der Protagonisten nach 1945. Das Resümee bündelt wichtige Einsichten, etwa das für die neuere Forschung zum NS-Herrschaftssystem nicht ganz überraschende Paradoxon, dass „trotz des Führerprinzips [eine] weitgehende Führungslosigkeit im NS-Regime bzw. in der Rüstungsbürokratie zu diagnostizieren“ sei. Zudem habe sich der „Prozeß der professionellen Diversifizierung und Desintegration“ seit 1933 beschleunigt. Die Protagonisten des WiRü-Amtes standen in ihrem Selbstverständnis zivilen Ingenieuren näher als einem traditionalistisch orientierten Offizierskorps.

An den Ergebnissen Fröhlichs wird die künftige Militärgeschichte nicht vorbeigehen können. Sie bestätigen die neuere Forschung zum NS-Herrschaftssystem generell: Es existierte weder eine zentrale Institution noch ein „einheitliches Konzept zur Steuerung der Kriegs- und Rüstungswirtschaft“. Dies als dysfunktionales „Kompetenzgerangel“ (H. Potemba), „Desintegration“ (Klaus-Jürgen Müller) und „Strukturdefizit“ (Rolf-Dieter Müller) zu bewerten, ist irreführend. Die eigentlich erklärungsbedürftige Fragestellung ist, warum die Hitler-Diktatur ab 1939 einen Weltkrieg über fast sechs Jahre gegen militärisch und ökonomisch weit überlegene Gegner durchhalten, Verbrechen in unvorstellbaren Dimensionen realisieren, und erst durch massivste militärische Schläge von außen zum Einsturz gebracht werden konnte. Diese makabre ‚Effizienz‘ und der Anteil der eigentümlichen NS-Herrschaftsstrukturen daran ist das eigentliche Explanandum. Fröhlich kann die Diskussion darüber um wichtige Einsichten bereichern.

RÜDIGER HACHTMANN

Potsdam

VSWG 106, 2019/3, 394–396

Nicolai Hannig / Malte Thießen (Hg.)

Vorsorgen in der Moderne. Akteure, Räume und Praktiken

(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 115), de Gruyter, Berlin/Boston 2017, 253 S. (Illustrationen, Diagramme), 24,95 €.

Die Geschichte der Prävention ist seit einigen Jahren um kulturwissenschaftliche Fragestellungen erweitert worden und hat dabei auch Akteure und Praktiken der Vorsorge in den Blick genommen.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

Das Besondere an dieser Publikation ist jedoch die Ausweitung des Untersuchungsfeldes – weg von den bislang üblichen medizinischen und sozialpolitischen Betrachtungen hin zu einer „Gesellschaftsgeschichte des Kommenden“ (S. 25), die auch die Vorsorge im Straßenverkehr, in der Wirtschaft und im Sport in den Blick nimmt.

Der Sammelband geht zurück auf eine im Frühjahr 2015 an der LMU München ausgerichtete Tagung. Die beiden damaligen Organisatoren und Herausgeber des vorliegenden Bandes, Nicolai Hannig und Malte Thießen, die sich mit Risikokalkulation und Prävention bestens auskennen, setzen den Beiträgen des Bandes ein sehr fundiertes Einleitungskapitel voran, in dem sie bspw. ein Stufenmodell der Vorsorge entwickeln. Danach folgen jeweils zwei Aufsätze zu den fünf Themenbereichen Politik, Wirtschaft, Technik, Verkehr und Körper. Für einen runden Abschluss sorgt Lucian Hölscher mit einer Bilanz, in der Vorsorge als Zukunftshandeln thematisiert wird.

Die Beiträge liefern, tiefgründige Einblicke in das Funktionieren von modernen Gesellschaften: Die Autorinnen und Autoren zeichnen die sozialen Ordnungen zugrundeliegenden Denklagen im Hinblick auf vorausschauendes Handeln, Weichenstellungen, Risikoanalysen und Absicherungen vom 18. bis ins 21. Jh. nach. Entsprechend der konzeptionellen Dreigliederung werden 1. verschiedene Vorsorgeakteure analysiert, wie etwa der Staat, kommerzielle Unternehmen oder Wissenschaftler/innen, stehen 2. unterschiedliche Räume der Vorsorge im Fokus, so bspw. der Atommeiler oder der Sportplatz auf dem Werksgelände, und werden 3. mannigfaltige Vorsorgepraktiken – von Diäten und technischen Sicherungssystemen über den präventiven Freiheitsentzug hin zur Verkehrserziehung – in Augenschein genommen.

Als besonders anregende Lektüre erweisen sich die Aufsätze, die sich weg vom abstrakten Niveau der Präventionsdiskurse hin zur konkreten Anwendungsebene bewegen – so wie es die Herausgeber als methodisches Konzept zugrunde gelegt haben. Sehr innovativ ist bspw. Christoph Strupps Untersuchung der Debatte um die Erweiterung des Hamburger Hafens in den 1970er und 1980er Jahren, in welcher der Begriff ‚Vorsorge‘ für wirtschaftspolitische Zwecke instrumentalisiert wurde. Um im Wettbewerb der Hafenstandorte nicht hinter die Konkurrenz zurückzufallen und die wirtschaftliche Position der Stadt zu stärken, wollte der Hamburger Senat „Flächenvorsorge“ treffen, d. h. Grundstücke für den Ausbau des Hafens in ferner Zukunft vorhalten. Leidtragende dieser Vorsorgepolitik waren die von der Umsiedlung betroffenen Einwohner sowie das Ökosystem des Süderelberaums. Strupp bilanziert, dass die Übertragung des Begriffs ‚Vorsorge‘ aufgrund verschiedener Faktoren – das Risiko für den Einzelnen war sehr unbestimmt und der Nutzen der Maßnahme dementsprechend schwer fassbar – letztlich nicht bzw. nur unzureichend gelang.

Bei den Beiträgen von Nina Mackert und Kai Nowak rückt das „präventive Selbst“ in den Vordergrund. Prävention wurde sowohl von Ernährungsreformer/innen des frühen 20. Jh.s in den USA als auch von Verkehrspsychologen und Praktikern der Verkehrssicherheit in der Bundesrepublik der 1960er Jahre ins Subjekt verlagert. In beiden Fällen wurde dem Konzept der Selbstkontrolle eine wichtige Funktion zugeschrieben: Bei der Unfallprävention ging es nicht länger um das Verhindern von Unfällen, sondern um das Erlernen von Automatismen und somit die Anpassungsfähigkeit des Einzelnen. Dem kalorienzählenden Subjekt wiederum wurde suggeriert, dass sich mit dieser kontinuierlichen Selbsttechnologie Übergewicht vermeiden ließe.

Hier zeigt sich, wie die verschiedenen Themenfelder miteinander verschränkt sind und wie gewinnbringend die Konzeption des Bandes für die Geschichte der Vorsorge ist. Die regionale Perspektive sollte unbedingt erweitert werden. Der Osten findet hier nur am Rande Erwähnung,

schwerpunktmäßig werden die Bundesrepublik und die USA untersucht. Und auch die Kategorie ‚Geschlecht‘ hätte gerne in einem eigenständigen Beitrag einbezogen werden können.

JENNY LINEK
Greifswald

VSWG 106, 2019/3, 396–397

Michael Ruck (Hg.)

Gegner – Instrument – Partner. Gewerkschaftliche Staatsverständnisse vom Industrialismus bis zum Informationszeitalter

(Staatsverständnisse 106), Nomos, Baden-Baden 2017, 270 S., 39,00 €.

Der von Michael Ruck herausgegebene und eingeleitete Band präsentiert insgesamt zehn Beiträge, die dem „Staatsverständnis“ der seit dem 19. Jh. zu Massenbewegungen anwachsenden Gewerkschaften nachgehen: Wie wurde in diesen das Verhältnis von Staat und Gewerkschaften gedacht, welche Ableitungen oder gar Strategien lassen sich dabei ausmachen? Was waren „grundsätzliche Aspekte der politisch-gesellschaftlichen Verfasstheit“ (S. 9), die in diesen Organisationen verhandelt wurden? Wann und wie definierte man die „eigene Beteiligung an den sozial- und allgemeinpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen“? (S. 9) Sieben Beiträge zeichnen dies für die deutschen Gewerkschaften nach. Weitere drei werfen ergänzend einen Blick auf die teils grundsätzlich anders verlaufenden Entwicklungen in Frankreich, Großbritannien und den USA. Hatte die sozial-, wirtschafts- und auch die gewerkschaftsgeschichtliche Forschung erst jüngst den Betrieb als „soziales Handlungsfeld“ (Thomas Welskopp) wiederentdeckt und im Sinne der Industrial-Relations-Ansätze der 1970/80er Jahre verstärkt nach betrieblichen Machtstrukturen oder Aushandlungsstrategien in der Lebens- und Arbeitswelt gefragt, so nimmt dieser Band die umgekehrte Perspektive ein: Er blickt auf die Leitungs- und Organisationsebene, auf Theorien und Strategien, auf „den“ Staat und „die“ Gewerkschaften als Großorganisationen in diesem Staat. Und dieser Blickwinkel liest sich mit großem Gewinn, stand er doch „geraume Zeit nicht im Fokus der einschlägigen Forschungen“ (S. 10).

Nach einer problematisierenden Einleitung im Überblick von Michael Ruck, widmen sich die Beiträge von Klaus Schönhoven und Bernhard Foster den Ursprüngen des Staatsverständnisses der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen sowie der – in dem Kontext gern vergessenen – christlich-nationalen Gewerkschaften, wobei ersterer Grundierungen bis in den Vormärz zurückverfolgt. Bernhard Fosters Schwerpunkt liegt dagegen im späten Kaiserreich, ein Ausblick erfolgt in die Weimarer Republik. Der Herausgeber schließt hier mit einem zäsurübergreifenden Beitrag zum Staatsverständnis der deutschen Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg bis ins „Krisenjahr“ 1923 an, Detlev Brunner wendet sich diesem Staatsverständnis in der Zeit der Weimarer Republik und bis zur „Nationalen Revolution“ der Nationalsozialisten zu. Peter Rütters setzt sich chronologisch folgend mit den gewerkschaftlichen Staatsvorstellungen im Widerstand und in der Emigration auseinander. Sein ebenfalls zäsurübergreifender, an Fragen der Transformation interessierter Beitrag

reicht dabei in die Nachkriegszeit bis 1948. Nach einer erkennbaren zeitlichen Lücke und unter Aussparung spezifisch ostdeutscher Perspektiven folgt Hans-Otto Hemmer, der in seinem Beitrag die Gewerkschaften im „Modell Deutschland“ zwischen 1976 und 1998 vorstellt. Beschlossen wird dieser Schwerpunktteil des Bandes zur deutschen Entwicklung von Wolfgang Schroeder, der in den 1980er Jahren ansetzt und das Thema bis an die Gegenwart heranführt. Vor allem diese letzten beiden Beiträge verweisen nicht zuletzt auf die Aktualität der Fragestellungen dieses Sammelbandes.

Dies setzt sich in jenen drei Beiträgen fort, die den letzten Abschnitt bilden. Denn auch der Überblick von Wolfgang Uellenberg-van Dawen über das Staatsdenken in den französischen, vor allem anarchosyndikalistisch geprägten Gewerkschaften führt bis ins Jahr 2017, setzt allerdings an den Grundlagen bereits am Beginn des 20. Jh.s an und zeichnet die folgende Entwicklung nach. Dem folgt ein ähnlich komponierter, zeitlich aber weiter zurückreichender Beitrag zur Entwicklung des Staatsdenkens in den britischen Gewerkschaften, den André Keil zusammengestellt hat. Julia Angster beschließt den Band mit einem überblickenden Aufsatz über die Entwicklung des Verhältnisses bzw. Verständnisses von Staat und Gewerkschaften in den USA, dessen Schwerpunkt zwischen dem späten 19. Jh. und den 1950er Jahren angesiedelt ist.

Die Publikation fokussiert vor allem die ‚westliche Welt‘ und wirkt deswegen eurozentrisch, was durch die Nicht-Thematisierung der kolonialen und später postkolonialen Räume in den Beiträgen zu Frankreich und Großbritannien besonders eigentümlich ist. Gleiches gilt auch für Osteuropa. Diese Leerstellen lassen sich zugleich als Anstoß reformulieren, den die Publikation gibt. Generell liefert der Band Überblick und Einstieg sowie für das deutsche Beispiel eine facettenreich in die neuere Geschichte kontextualisierte Tiefenbohrung.

SWEN STEINBERG
Kingston/Ontario

VSWG 106, 2019/3, 397–398

Georg Schmidt

Die Reiter der Apokalypse. Geschichte des Dreißigjährigen Krieges

Beck, München 2018, 810 S., 32,00 €.

Die facettenreiche Gesamtdarstellung glänzt nicht eben durch Übersichtlichkeit und schlanke Stringenz, bietet aber zahlreiche geistreiche Exkurse, insbesondere hin zur Kulturgeschichte (im traditionellen Wortsinn). Der Autor, einer der besten Kenner des Alten Reiches, spielt noch einmal jene Themen durch, die ihn ein Forscherleben lang fasziniert haben: die Vor- oder Frühgeschichte eines deutschen Nationalismus, die spezifische Staatlichkeit des Reichsverbandes, das positive Autostereotyp der teutschen Libertät, Nation building durch volkssprachliche Literatur. Konfessionellen Zwist und dadurch verschuldete politische Probleme ignoriert Schmidt nicht durchgehend, es interessiert ihn einfach nicht weiter.

Zu den Stärken des Buches gehören deshalb nicht die Kriegsursachendiskussion und die Bestimmung der mentalen Substanz dieses Krieges. Immer wieder wird uns so knapp wie entschieden

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

ein „Glaubenskampf“ vorgestellt, es ist gar die Rede vom „gottgewollten Glaubenskrieg“ (S. 156), und übrigens habe die Politik Kaiser Ferdinands II. auf „die Rekatholisierung“ seiner Erbländer „und vielleicht auch des Reichs[!]“ abgezielt (S. 129, Hervorhebung A. G.); genauso beiläufig, aber noch entschiedener dementieren alle möglichen anderen Stellen konfessionelle Gehalte des aufbrandenden Ringens. Um was ging es dann? Des Öfteren beschwört Schmidt „Freiheitskriege“ gegen „die universalmonarchischen Ambitionen der Habsburger“, also eine vermeintlich drohende habsburgische Hegemonie über Europa. Sogar das Phantom einer den ganzen Kontinent und alle erdenklichen Lebensbereiche erfassenden „General Crisis“ des 17. Jh.s wird gesichtet. Es geisterte ja eine Zeitlang durch die angelsächsische Literatur, freilich geriet das Konzept dann selbst in die Krise, ehe es Deutschland so recht erreicht hätte.

Konfessionskrieg, Freiheitskampf, Sonnenflecken, Krise des „Feudalsystems“? „Deutscher Krieg“ (so apostrophiert der Autor häufig), europaweiter Kampf gegen eine kontinentale Hegemonie Habsburgs? Warum und wann dieses mehr, jenes weniger oder nicht mehr? Das wird dem Leser nicht recht deutlich. Insbesondere fragt er sich, was der Autor wohl unter einem „Religionskrieg“ verstehen mag. Man nehme sich nur exemplarisch diese Passage vor: „Der Krieg um die Pfalz war zwar ebenso wie derjenige um Böhmen oder Mittel- und Norddeutschland kein Religionskrieg, dennoch spielte der Glauben in den Rechtfertigungen eine wichtige Rolle. Ferdinand II., Friedrich V. und Maximilian von Bayern waren überzeugt[!], dass Gott diesen Krieg als Strafe verhängt habe und dass er ihnen und ihrer gerechten Sache zum Sieg verhelfen werde. Solche Gewissheiten[!] trieben den Krieg voran“ (S. 212, Hervorhebungen A. G.). Lieferte „Religion“ nun lediglich legitimatorische Versatzstücke? Oder waren die maßgeblichen Akteure von der Idee durchdrungen („überzeugt“, „Gewissheiten“), für konfessionelle Anliegen streiten zu müssen? Wenn sie es waren: warum dann trotzdem kein „Religionskrieg“?

Parallel zur Entkonfessionalisierung und Internationalisierung des Krieges seit den 1630er Jahren werden Schmidts Ausführungen deutlich schlüssiger. Ausgesprochen gelungen sind die letzten 150 Seiten des Buches – man merkt, dass sich dieser Autor lange Jahre (überaus fruchtbar) mit jenen Epochen befasst hat, die nicht mehr vom Ringen weltanschaulicher Wahrheitsmonopole und konfessionellem Hader geprägt waren. Was er über den Westfälischen Frieden schreibt, hat alles Hand und Fuß – während die wohl anregendste der Neuerscheinungen des Jubiläumsjahres aus der Feder Herfried Münklers ausgerechnet hier unübersehbar schwächelt, ein angeblich bis fast in die Gegenwart reichendes „Westphalian System“ kreiert, das keinen Anhalt an der Wirklichkeit hat. Nein, „der Friedensvertrag spiegelt eine komplizierte Realität, kein zukunftsweisendes Programm“ (S. 548). Es finden sich in ihm „keine Bestimmungen, die einen Paradigmenwechsel der internationalen Beziehungen mit Blick auf Souveränität, Territorialität und Gleichrangigkeit auch nur andeuten“ (S. 612). Kundig werden die demographischen, ökonomischen und kulturellen Folgen des Krieges diskutiert, ihm folgte ja ein „quälend langsamer Aufschwung“ (S. 624). Diese Passagen lohnen eine Lektüre sehr.

AXEL GOTTHARD
Erlangen



VSWG 106, 2019/3, 399–400

Heinz-Peter Schmiedebach

Psychiatrie im Nationalsozialismus an der Charité und in Berlin

bebra, Berlin 2018, 54 S., 7,00 €.

Der hier zu besprechende Band ist Teil der Publikationsreihe „Hefte zur Geschichte der Charité – Universitätsmedizin Berlin“. Die Bände erscheinen in lockerer Folge. Bisherige Ausgaben beschäftigen sich mit der Rolle der I. Chirurgischen Klinik der Berliner Universität im „Dritten Reich“ (Beddies, Bd. 1), Leben und Karriere der Krebsforscherin Rhoda Erdmann (Jasch, Bd. 2), Formen der Erinnerungskultur (Glauer/Knapp, Bd. 3), dem Wirken des Sportarztes Karl Gebhardt (Hahn, Bd. 4) und dem Wirken an der Berliner Anatomie seit ihrer Gründung vor 300 Jahren (Winkelmann, Bd. 5).

Der Autor des vorliegenden Bandes, Heinz-Peter Schmiedebach, zuletzt Stiftungsgastprofessor für Medical Humanities an der Charité Berlin und Mitglied der Projektgruppe „GeDenk Ort Charité – Wissenschaft und Verantwortung“ befasst sich seit mehr als 30 Jahren mit Aspekten der Psychiatriegeschichte.

Der Medizinhistoriker analysiert hier die Vorgänge und Verstrickungen der Berliner Psychiatrie vor dem Hintergrund der Erbgesundheitspolitik während der Zeit des Nationalsozialismus. Die Untersuchung konzentriert sich insbesondere auf die beiden Ordinarien, Karl Bonhoeffer und Maximilian de Crinis, die während der Phase des „Dritten Reiches“ die Leitung der Psychiatrischen und Nervenkliniken der Berliner Charité innehatten. Die Darstellung macht die unterschiedliche Rolle der beiden Mediziner deutlich. Bonhoeffer erscheint als professioneller Vertreter der Psychiatrie, der einerseits ehemaligen Mitarbeitenden bei ihrer Emigration behilflich war, und andererseits in die eugenische Politik der Zwangssterilisation aktiv involviert war. De Crinis, der bereits einer nachkommenden Generation angehörte, wird charakterisiert als früh politisch radikalisiert und schicksalhaft mit den Machtzirkeln des Nationalsozialismus verbunden. Die Untersuchung macht deutlich, dass de Crinis in all seinen Positionen die rassehygienischen Maßnahmen bis hin zur Krankentötung durchsetzte.

Nicht nur mit dieser Publikationsreihe und dem Projekt „GeDenkOrt Charité“ befasst sich die Klinik mit ihrer Rolle in der NS-Zeit und der daraus resultierenden Verantwortung. Im Interview mit einem jungen Portal des Deutschen Bundestages verweist Schmiedebach auf die Relevanz des medizinhistorischen Blicks in Verbindung mit medizinethischen Reflexionen. Dabei gehe es „um die Verantwortung in der medizinischen Wissenschaft.“¹

Die hier betrachtete Publikationsreihe bietet hervorragende Beiträge zu medizinischer Versorgung und Forschung an der Berliner Klinik nicht nur im 20. Jh. Die thematische Klammer der Veröffentlichungen erlaubt einen aufschlussreichen Einblick in die Vernetzungen und Vorgänge medizinischer Institute und Akteure an der Charité und ordnet diese in den jeweiligen gesellschaftspolitischen Kontext ein. Die Leserschaft erwarten aufschlussreiche, fundiert recherchierte Bände einer innovativen Reihe, der man eine breite Rezeption sowie weitere Fortsetzung wünschen darf.

- 1 https://www.mitmischen.de/diskutieren/topthemen/politikfeld_bundestag/Jugendbegegnung_2017/2-Charite/index.jsp (abgerufen am 20.03.2019).

FELICITAS SÖHNER
Düsseldorf

VSWG 106, 2019/3, 400–401

Kaspar von Greyerz / André Holenstein / Andreas Würzler (Hg.)
Soldgeschäfte, Klientelismus, Korruption in der Frühen Neuzeit.
Zum Soldunternehmertum der Familie Zurlauben im schweizerischen und europäischen Kontext

(Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit 25), V&R unipress, Göttingen 2018, 291 S. (3 Abb., 1 Tab.), 45,00 €.

Titel und Untertitel verweisen auf die beiden Blickrichtungen des Bandes: Zum einen geht es darum, die neuere Forschung zur Geschichte frühneuzeitlicher Militärunternehmen im Lichte des Klientelismuskonzepts darzulegen, zum anderen werden detaillierte Einblicke in die Erschließung und Auswertung des Archivs der Familie Zurlauben eröffnet. Der Band dokumentiert eine Tagung, die im Oktober 2016 in Aarau anlässlich des Abschlusses der fast vierzigjährigen Arbeiten an der Edition der *Acta Helvetica* stattfand. Hierbei handelt es sich um einen Teil des umfangreichen Archivs der Zuger Familie Zurlauben, die zu den bedeutendsten Soldunternehmern in der Zentralschweiz zählte. Welche Komplexität diese gewaltige Überlieferung aufweist, verdeutlicht der Artikel von Ursbert Schelbert und Ruth Wüst, der die lange Erschließungs- und Editions-geschichte nachzeichnet und die thematisch vielfältigen Recherchemöglichkeiten auf der Plattform *Aargau Digital* der Kantonsbibliothek vorstellt.

Den Auftakt bildet die instruktive Einleitung der drei Herausgeber, in der die makro- und mikrohistorischen Perspektiven des Tagungsbandes vorgestellt werden. Danach sollen die militärischen und politischen Aktivitäten von Angehörigen der katholischen Familie Zurlauben im schweizerischen und europäischen Kontext auf allgemeine und spezifische Merkmale untersucht werden. Außerdem soll der Versuch unternommen werden, die Auswirkungen der Pensionszahlungen auswärtiger Mächte auf die politische Kultur der eidgenössischen Orte zu ergründen, die Motive für den Solddienst besser zu verstehen und das Verhältnis zwischen dem allgegenwärtigen Klientelismus einerseits und den in politischen Krisen virulent werdenden Korruptionsvorwürfen andererseits genauer zu bestimmen.

Die einzelnen Beiträge lassen sich diesen beiden Perspektiven jeweils zuordnen. Der Kontextualisierung dienen die Aufsätze von einschlägig ausgewiesenen Fachleuten zur Patronage in Frankreich (Lothar Schilling), zum Klientelismus an der römischen Kurie (Birgit Emich) und zum Korruptionsdiskurs in Bayern und Preußen um 1800 (Robert Bernsee). Unter der Überschrift „Klientelismus und Korruption in der alten Eidgenossenschaft“ folgen drei empirische Studien. Andreas Affolter beleuchtet die zentrale Rolle der französischen Ambassadoren in der Eidgenossenschaft, die sich vor allem als Patronagemakler für die Krone hervortaten. Daniel Schläppi, Cécile

Huber und Katrin Keller zeigen auf konzeptionell anspruchsvolle Weise, wie die Urlaube für die „Feinverteilung“ der französischen Mittel in der Stadt Zug und in den umliegenden Dörfern des Ortes sorgten. Zur Verblüffung des Lesers zeigt sich, dass städtische Eliten und „einfache Bürger“ über lange Zeiträume von diesen Zuwendungen profitierten, ohne dass hierdurch eine sichere Bereitstellung von Soldtruppen gewährleistet war. Zwar erwuchs daraus eine begrenzte Loyalität zur französischen Krone, v. a. aufseiten der Urlaube, die das 17. und 18. Jh. hindurch verlässliche Gefolgsleute Frankreichs waren. Die Bürgerschaft insgesamt sah in den Pensionen aber je länger, je mehr ein Anrecht, das zu nichts Konkretem verpflichtete. Sie gestand den Soldunternehmern bis zu einem gewissen, nicht näher quantifizierbaren Maße finanzielle Vorteile zu, der Löwenanteil der Pensionen sollte jedoch unter allen Berechtigten „gerecht“ verteilt werden. Verbreiteten sich Gerüchte über angeblich übertriebene Gewinne der Urlaube, konnte sich dies zu einer echten Gefahr für ihre führende soziale und politische Stellung auswachsen, wie sich im Jahr 1729 zeigte, als die Familie für einige Zeit aus Zug vertrieben wurde, ein Schlag von dem sie sich nie wieder voll erholen sollte.

Die Beiträge von Nathalie Büsser und Philippe Rogger befassen sich mit den familienwirtschaftlichen Aspekten des Soldgeschäftes, wobei die enge, nicht immer konfliktfreie Kooperation zwischen den politisch und merkantil aktiven „Chefs des Hauses“ und ihren Ehefrauen einerseits und den unmittelbar militärisch tätigen Offizieren andererseits ins Auge fällt. Dominik Sieber zeigt zuletzt, wie selbst diejenigen Mitglieder des Familienverbandes, die sich für eine geistliche Karriere entschieden hatten, sehr wohl unmittelbar in das Rekrutierungsgeschäft involviert waren. Abgerundet wird der nützliche Band von einem Überblicksartikel aus der Feder von Marian Füssel, der die uneinheitliche europäische Rekrutierungspraxis auf den Begriff des „stehenden Söldner-Heeres“ bringt, womit die weiterbestehende Relevanz der Werbung von Söldnern auch im Zeitalter der stehenden Linientruppen adressiert wird.

STEFAN BRAKENSIEK

Essen

C. Sozialgeschichte

VSWG 106, 2019/3, 401–403

Jeanette Granda

Hermann Kellenbenz (1913–1990). Ein internationaler (Wirtschafts-)Historiker im 20. Jahrhundert

Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2017, 420 S., (9 Abb., 15 Tab.), 69,00 €.

Die 2017 an der Universität Jena bei Rolf Walter, einem Schüler von Hermann Kellenbenz, als Dissertation eingereichte Forschungsarbeit ist die erste Gesamtbiographie eines der bedeutendsten deutschen (Wirtschafts-)Historiker des 20. Jh.s. Sie basiert auf beeindruckend umfangreichen Forschungen in mehr als 30 in- und ausländischen Archiven sowie Bibliotheken, die ebenfalls

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

Nachlässe wichtiger Korrespondenzpartner von Hermann Kellenbenz verwahren. Zusätzlich fallen zahlreiche Zeitzeugeninterviews sowie schriftliche Äußerungen von Weggefährten zu Leben und Werk von Kellenbenz ins Gewicht. Gerade auch letztere waren wichtig für die Verfasserin, weil der Nachlass von Hermann Kellenbenz in der Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln noch gesperrt ist. Trotz dieses Desiderats ist es Granda hervorragend gelungen, Leben und Werk, aber auch die herausragenden Begabungen (Sprachen und Malerei), sowie Eigenschaften dieses exzeptionellen Wissenschaftlers plastisch darzustellen. Die wissenschaftliche Vernetzung, ja die Beziehungsgeflechte von Kellenbenz national wie international, spielen hierbei eine Rolle, sodass Grandas Arbeit im Ergebnis eine brillante biographische Netzwerkanalyse ist.

Kellenbenz wuchs in kleinbürgerlichen Verhältnissen im württembergischen Süßen auf. Seit dem WS 1933/34 studierte er Philosophie und Geschichte in Tübingen, München und Kiel, wo er 1938 bei Otto Scheel mit einer Studie über Holstein-Gottorf im 17. Jh. promoviert wurde. Nach seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kieler Institut für Volks- und Landesforschung unter Scheel war Kellenbenz seit April 1939 Forschungsbeauftragter am Münchner Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands, das unter der Leitung von Walter Frank bekannt wurde durch seine antijüdische Forschungshaltung. Da Kellenbenz bereits in Kiel Forschungen zur Stellung der sephardischen Juden in Hamburg im 16. bis 18. Jh. für eine mögliche Habilitation begonnen hatte, führte dies nach 1945 zu kritischen Hinterfragungen seiner Person, zunächst im Rahmen seiner Entnazifizierung 1947 („Mitläufer“) und verstärkt in den 1980er Jahren, zu seinen Forschungen im Dritten Reich. Granda beschreibt diesen Komplex präzise und differenziert. Kellenbenz und seine Familie haben diese späten, sehr harten Vorwürfe aus Kollegenkreisen persönlich tief getroffen.

Die wissenschaftliche Laufbahn von Hermann Kellenbenz führte über einen Lehrauftrag in Regensburg 1948 zu einer Dozentur in Würzburg, wo auch seine Habilitationsschrift angenommen wurde, 1957 zu seinem ersten Ordinariat in Nürnberg und 1960 an die Universität Köln, wo er für ein Jahrzehnt den ältesten deutschen Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte innehatte. Hier wurde die Rezensentin 1960 seine Schülerin und erhielt durch ihn 1970 den ersten deutschen Lehrauftrag für Unternehmensgeschichte. Die Verleihung der Honorarprofessur durch die NRW-Wissenschaftsministerin (nicht: „Wirtschaftsministerin“, so Granda S. 99) erlebte er nicht mehr. Ein Detail zur Rückkehr von Kellenbenz nach Nürnberg ist Granda offenbar nicht bekannt: Er wurde wissenschaftlicher Leiter des Fuggerarchivs nur unter der Bedingung einer „Lokalpräsenz in Bayern“, so hat er es der Rezensentin persönlich berichtet, als er noch unsicher war, ob er bleiben oder gehen sollte.

Granda geht in ihrem dritten Kapitel ausführlich auch auf das Wirken von Kellenbenz für die VSWG ein, zu deren Herausgebern er seit 1968 gehörte. Mit Akribie analysiert Granda zahllose seiner Aufsätze und Rezensionen in nationalen und internationalen Zeitschriften und verdeutlicht auch hiermit, wieviel Fleiß, Zähigkeit, aber auch Begeisterungsfähigkeit letztlich zu einer solchen Fülle von Büchern, Aufsätzen, Rezensionen, Herausgeberschaften und Gremientätigkeiten geführt haben.

Wenn man selbst jahrzehntelang Bücher und Schriftenreihen lektoriert hat, bedauert man beim Lesen der Monographie von Jeanette Granda, wie viele Fehler (Rechtschreibung, Grammatik, wechselnde Schreibweisen) sich im Druck eingeschlichen haben. Dies schmälert jedoch in keiner

Weise den Respekt vor einer herausragenden Fleißarbeit und vor einem sehr beachtenswerten wissenschaftlichen Ergebnis.

KLARA VAN EYLL

Köln

VSWG 106, 2019/3, 403–404

Claudia Jarzebowski

Kindheit und Emotion. Kinder und ihre Lebenswelten in der europäischen Frühen Neuzeit

De Gruyter Oldenbourg, Berlin 2018, 343 S. (3 Abb.), 89,95 €.

In der hier zu besprechenden Publikation zu kindlichen Lebenswelten, welche auf der 2014 an der Freien Universität Berlin eingereichten Habilitation der Verfasserin beruht, werden jüngere Forschungsansätze zu Kindheit und aus der Emotionengeschichte miteinander verbunden. Die Arbeit schreibt gegen ein gängiges Fortschrittsnarrativ an, das der modernen „bürgerlichen Gesellschaft“ – ein Terminus, der im Übrigen genauso wenig problematisiert wird wie „bürgerliche Familie“ – eine Überlegenheit in Gefühlsdingen gegenüber vergangenen Zeiten attestiert. Stattdessen will die Verfasserin die Bandbreite von Emotionen ausleuchten, diese historisch kontextualisieren und so einer heutigen Maßstäben verpflichteten, ideologischen Wertung entgehen. Kindheit wird dabei als soziale Relation verstanden, deren Aufschlüsselung Einblick in die sozialen Ordnungsvorstellungen der Frühen Neuzeit erlaubt.

Das erste Kapitel beschäftigt sich mit Kindheit und Emotion in der humanistischen Fürstenerziehung, dem vor allem anhand von gedruckten Traktaten nachgegangen wird. Besonders hervorgehoben wird hierbei die Position Erasmus von Rotterdams, obgleich es sich, wie auch die Verfasserin betont, um eine Minderheitenmeinung handelt. Jedoch erlaubt es die Privilegierung von Erasmus' Schriften der Verfasserin, ihr Argument von der Gotteskindschaft aller Menschen und damit dem Vorhandensein einer sowohl weltlichen als auch göttlichen Elternschaft deutlich herauszuarbeiten. Ein Verständnis der gottgegebenen Ordnung sei unerlässlich für ein Verständnis der zeitgenössischen Auffassung von Kindheit und Bildung.

Kapitel zwei und drei, der nach Meinung der Rezensentin stärkste Abschnitt des Buches, widmen sich dem 17. Jh. und dabei vor allem der Zeit des Dreißigjährigen Krieges als einer Zeit besonderer emotionaler Herausforderungen. Anhand des Tagebuchs des Söldners Peter Hagendorf, von Leichenpredigten sowie von „Trauerschriften“ arbeitet die Verfasserin deutlich heraus, dass nicht Gleichgültigkeit gegenüber dem Tod der oft bereits früh verstorbenen Kinder herrschte, sondern dass vielmehr Demut und Trauer die herausragenden Emotionen darstellten. Dabei bildete jedoch die „Gottesliebe“ die normative Grenze für legitime Emotionen. Auch bei den im folgenden Kapitel behandelten „Kindern vor Gericht“, die sich in Hexenprozessen verantworten mussten, gelingt es der Autorin, den selbstgesteckten Anspruch, die Kinder als eigenständige Akteure sowie ihre Weltwahrnehmung darzustellen, einzulösen. Der emotionale Haushalt der Kinder wird sorgfältig

ausgeleuchtet wie auch die vielfältigen Beziehungen, mit denen sie mit ihrer sozialen Umwelt verbunden, teils auch verstrickt waren. Die Perspektive der Kinder ermöglicht es dabei der Verfasserin, Bruchlinien der Integration und Desintegration der frühneuzeitlichen Ordnung klar zu benennen.

Das vierte Kapitel stellt die globalen Bezüge von Kindheit im 18. Jh. heraus und untersucht diese anhand der damals aufkommenden literarischen Gattung der Welt- und Naturgeschichten für Kinder sowie anhand von vier prominenten Vater-Sohn-Beziehungen aus gelehrten, hochmobilen Kreisen. Während im ersten Abschnitt die emotionale Dimension weitgehend entfällt und vielmehr das globale Bildungswissen von Kindern im Vordergrund steht, geht es im zweiten Abschnitt vor allem um das komplexe Verhältnis von räumlicher Entfernung und emotionaler Nähe. Hier betont die Verfasserin, dass Elternschaft weiterhin als eine soziale Kategorie verstanden wurde und fürsorgliche Beziehungen polyvalent waren.

Den selbstgesteckten Zielen in Bezug auf das Verhältnis von Kindheit und Emotion in der Frühen Neuzeit wird die Arbeit gerecht. An einigen Stellen hätte sich die Rezensentin allerdings eine etwas breitere Kontextualisierung der Untersuchung gewünscht; so fehlt beispielsweise im letzten Kapitel weitgehend eine Bezugnahme auf das als gut erforscht gelten könnende zeitgenössische Verständnis von Bildung, wie es etwa in den Arbeiten von Rudolf Vierhaus und anderen vorliegt. Auch bei der Redaktion der Fußnoten und des Inhaltsverzeichnisses wäre etwas mehr Sorgfalt wünschenswert gewesen, so sind teilweise die Kurztitel uneinheitlich oder fehlen bzw. Autorennamen sind in Fußnoten und Literaturverzeichnis unterschiedlich geschrieben. Dies sind keine gravierenden Mängel, aber doch ein paar Schönheitsfehler in einer ansonsten gut lesbaren Darstellung.

ANNE SOPHIE OVERKAMP

Bayreuth

VSWG 106, 2019/3, 404–405

Sarah Noethlichs

Wenn Zahlen erzählen. Ludwig von Anjou und seine Rechnungsbücher von 1370 bis 1379

(Beihefte der Francia 86), Thorbecke, Ostfildern 2018, 318 S. (10 Tab.), 45,00 €.

„Wenn Zahlen erzählen“ basiert auf der von Harald Müller betreuten, 2016 an der RWTH Aachen eingereichten Dissertation von Sarah Noethlichs. In ihrer Studie möchte sie mittels Auswertung von Zahlenmaterial erstmals versuchen, „einen erweiterten Blick auf die Person und den Charakter Ludwigs“ von Anjou (1339–1384) zu werfen (S. 15), den einzigen Sohn König Johanns II. von Frankreich, zu dem bisher keine Monografie vorliegt (S. 9). Das Buch ist explizit weder Biographie noch prosopographische Untersuchung, keine Studie zur Finanzgeschichte oder zur Verwaltung, keine Arbeit zur Hofwirtschaft, kein Rekonstruktionsversuch höfischen Alltags und keine Edition. Es will aber Anknüpfungspunkte für all diese Bereiche bieten.

Auf die Besprechung des Forschungsstands und eine biographische Skizze zum Protagonisten folgt die Beschreibung der Hauptquellen. Es handelt sich um vier zu einem 110 *folia* starken Perga-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

mentcodex zusammengebundene Rechnungsbücher des herzoglichen *trésoriers* Nicolas de Mauregard aus den Jahren 1375 bis 1380. Die Handschrift wird heute in den Archives Nationales de France (AN KK 242: Comptes du trésorier de Louis I^{er} d'Anjou, 1375–1379) aufbewahrt. Kodikologische und paläographische Beschreibung sowie die Einbettung in die Forschung zu mittelalterlichen Rechnungen werden ausgespart, Finanzverwaltung und Rechnungslegung werden kurz abgehandelt. Als Besonderheit hervorgehoben werden die Marginalspalten am Rand der *folia* (S. 60–62). Sie enthalten Summen, Verweise, Ausstände, Erklärungen zur Ungültigkeit von Buchungen sowie Vermerke zu Passagen, die überprüft und korrigiert werden sollen. Diese Notizen geben Auskunft über die Abrechnungs- und Kontrollpraxis der Finanzverwaltung und wären einer eingehenderen Untersuchung wert.

Am umfangreichsten (110 Seiten) ist die Zusammenfassung des Inhalts der Rechnungsbücher. Noethlichs bildet jeweils einen Block für Einnahmen und Ausgaben und geht anschließend Buch für Buch und Abschnitt für Abschnitt vor. Die Verfasserin hat alle herangezogenen Rechnungsbucheinträge in den Fußnoten transkribiert und damit eine Hilfestellung für künftige Editionen geschaffen. Neben vielen Details zu Abgaben, Geschenken, Personal, Reisen, Hofversorgung und Finanzverwaltung enthalten die Rechnungsbücher auch einige außergewöhnliche Einträge, etwa zu nicht ausgezahlten Lösegeldern (S. 73) oder zur Übersetzung lateinischer Bücher ins Französische (S. 143). Die Lektüre der am Aufbau der Rechnungsbücher orientierten Zusammenfassung wird durch die thematischen Sprünge und die Streuung der Informationen etwas erschwert.

Bei der Auswertung der Rechnungsbücher werden Einnahmen und Ausgaben nur kurz abgehandelt. Die Einnahmer werden vorgestellt, Frauen dabei besonders berücksichtigt (S. 181). Das besondere Interesse der Autorin gilt aber dem Kaufverhalten Ludwigs von Anjou. Sie stellt drei Leitfragen zu saisonalen Schwankungen, Vorinformationen und Käuferfahrungen sowie -motivation (S. 190). Davon ausgehend untersucht sie Schlösser, Stoffe, Teppiche, Schmuck, Felle, Geschenke für die Herzogin sowie Einkäufe für Toulouse und bezieht dabei Lieferanten sowie Mode- und Kunstgeschichte ein. Saisonale Schwankungen fallen beim Teppich- und Fellkauf auf. Bei Vorinformationen und Kaufmotivation bleibt Noethlichs auf Indizien und Vermutungen angewiesen. Sie nimmt an, dass Ludwigs Kaufverhalten entscheidend von sozialen Faktoren, insbesondere vom Konkurrenzverhältnis zu seinen Brüdern, beeinflusst wurde. Eine Auseinandersetzung mit der historischen Konsumforschung hätte hier hilfreich sein können und die Ergebnisse noch anschlussfähiger gemacht.

Der Hauptteil endet mit einem knappen Vergleich mit einem Rechnungsbuch aus dem Languedoc (1370/1371). Im Anhang finden sich eine detaillierte Chronologie, zehn Tabellen zu Metrologie, Einnahmen, Verwaltung und Einkäufen sowie Personen- und Ortsregister.

Summa summarum präsentiert Sarah Noethlichs in ihrem Buch eine umfangreiche Materialsammlung zu Ludwig von Anjou. Sie liefert biographische, prosopographische, finanz-, verwaltungs- und konsumgeschichtliche sowie editorische Anknüpfungspunkte, ohne sich ganz auf einen dieser Bereiche zu fokussieren. Ihr Buch wird bei der weiteren Erforschung der Rechnungsbücher Ludwigs von Anjous sicherlich eine Rolle spielen.

LIENHARD THALER

Wien

VSWG 106, 2019/3, 406–407

Blanka Pudler / Dieter Vaupel

Auf einem fremden unbewohnbaren Planeten. Wie ein 15-jähriges Mädchen Auschwitz und Zwangsarbeit überlebte

Dietz Nachf., Bonn 2018, 136 S. (zahlr. Ill.), 10,00 €.

Dieses Buch ist keine klassische Biografie und keine typische Autobiografie, eher eine Art posthumer Auftragsarbeit. Es ist die Geschichte von Blanka Pudler, die als junges Mädchen Auschwitz und Zwangsarbeit überlebte, aufgeschrieben von Dieter Vaupel, Lehrer und Politologe, der viele persönliche Gespräche mit ihr geführt hatte bzw. Zeuge ihrer Schilderungen vor Schulklassen war. Vor 15 Jahren entstand die Idee, daraus ein „sehr persönliches Buch, keine reine Dokumentation“ zu machen. Erst nach dem Tod der Zeitzeugin 2017 wurde das Buch vollendet.

Dass der (Co-)Autor die Ich-Form wählte, um den Lesenden ein besseres Hineinversetzen in die Gedanken- und Gefühlswelt der 15-Jährigen zu ermöglichen, mag auf den ersten Blick irritieren. Auch die zum besseren Verständnis eingeflossenen historischen Fakten und Daten waren vermutlich in den Erzählungen der Zeitzeugin zunächst nicht vorhanden. Andererseits hat er seine Textentwürfe mit Blanka Pudler durchgesprochen und korrigiert. Und: Jegliches (Selbst-)Zeugnis – v. a. nachträglich entstanden – birgt in sich eine Interpretation und spiegelt nicht eins zu eins die Wirklichkeit wider.

Das schmälert nicht den Wert des vorliegenden Bandes, der aus der Perspektive eines jungen Mädchens ihre sehr persönliche Geschichte einfühlsam und eindringlich erzählt. Blanka, in einer jüdischen Familie aufgewachsen in einem kleinen ukrainischen Dorf nahe der rumänischen Grenze, lebte nach mehreren Umzügen in der slowakischen Kleinstadt Leva, die 1938 an Ungarn fiel. Im Mai 1944 errichtete die ungarische Lokalverwaltung ein Ghetto für die Levaer Juden, das im Juni 1944 „evakuiert“ wurde. Alle Bewohner/innen wurden nach Auschwitz deportiert, darunter auch Blanka, ihre Eltern und ihre ältere Schwester Aranka. Die Schwestern wurden nach der Ankunft von den Eltern getrennt. Nach mehreren Selektionen wurden sie Ende Juli 1944 auf Transport nach Hessisch Lichtenau geschickt, wo sie als Häftlinge eines KZ-Außenlagers in einer Sprengstofffabrik anstrengende, extrem gefährliche und gesundheitsgefährdende Arbeit verrichten mussten – ohne irgendeinen Schutz.

Eindrücklich sind die Schilderungen, wie Blanka trotz Zwangsarbeit, Hunger, Schlägen und Trauer um die Eltern den Überlebenswillen nicht verlor: Wichtige Stütze war ihre Schwester, Trost und heimliche Unterstützung erfuhr sie auch durch eine junge Deutsche sowie durch französische Zwangsarbeiter, die ihr mit wichtigen „Kleinigkeiten“ wie Nadeln und Faden, Seife, Kamm halfen. Die Franzosen wie auch niederländischen Zwangsarbeiter zeigten ihr zudem, wie sie Granaten so manipulieren konnte, dass sie nicht mehr funktionsfähig waren.

Ende März 1945 wurde das Lager evakuiert, die Insassen/Insassinnen in die KZ-Außenlager Leipzig-Schönau und Leipzig-Thekla gebracht und von dort auf den Todesmarsch geschickt. Nahe der Kleinstadt Wurzen erlebten die Schwestern ihre Befreiung und erfuhren bald, dass ihre Eltern nicht überlebt hatten. Ihren Bruder und eine weitere Schwester jedoch werden sie wiedersehen und sich gemeinsam ein Leben in Ungarn aufbauen. Blankas Wunsch, weiter zur Schule zu gehen, scheiterte am Geld. 1987 fand in Hessisch Lichtenau das erste Treffen überlebender jüdischer Zwangs-

arbeiterinnen auf dem Gelände der früheren Sprengstofffabrik statt. Viele Male berichtet Blanka Pudler insbesondere in Schulen über ihr Schicksal und das ihrer Familie. 2012 erhielt sie dafür das Bundesverdienstkreuz.

Die anschauliche Beschreibung ihrer Geschichte ist ergänzt durch zahlreiche persönliche Fotos sowie historische Fotos und Dokumente. Am Ende verdeutlichen Zitate aus den Jahren 1986 bis 2015, warum es ihr wichtig war zu sprechen. Das deckt sich mit der Motivation vieler anderer NS-Überlebender: Erzählen, um zu verarbeiten und um die jüngere Generation aufzuklären. Ihr letztes Statement zeigt in bestürzender Weise die Aktualität von Rassismus heute: „Meine Tochter ist mit einem Mann aus Nigeria verheiratet. Meine Enkelsöhne – halb Juden und halb Afrikaner – müssen sich schon jetzt als Kinder gegen Hass wehren können.“

Das Buch eignet sich sehr gut für den Schulunterricht. Ergänzend dazu ist (ebenfalls im Dietz-Verlag) eine Handreichung für die Jahrgangsstufen 7–13 erschienen.

CHRISTINE GLAUNING

Berlin

VSWG 106, 2019/3, 407–408

Detlef Schmiechen-Ackermann / Marlis Buchholz / Bianca Roitsch / Christiane Schröder (Hg.)

Der Ort der ‚Volksgemeinschaft‘ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte (Nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘. Studien zu Konstruktion, gesellschaftlicher Wirkungsmacht und Erinnerung 7), Ferdinand Schöningh, Paderborn 2018, 506 S. (1 Grafik, 15 Abb., 1 Karte), 59,00 €.

Der vorliegende Sammelband geht auf die internationale Abschlusskonferenz des Niedersächsischen Forschungskollegs „Nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘? Konstruktion, gesellschaftliche Wirkungsmacht und Erinnerung vor Ort“ zurück, die vom 25. bis 27. Juni 2015 in Hannover stattfand und an der rund 130 Historikerinnen und Historiker teilnahmen, um in sage und schreibe 50 Vorträgen Vor- und Nachteile der Verwendung des Wortes „Volksgemeinschaft“ für Analyse und Interpretation des „Dritten Reiches“ zu erörtern. Die Herausgeberinnen und Herausgeber haben insgesamt 25 dieser Vorträge zusammengestellt – darunter auch ein thematisch neuer Beitrag Peter Fritzsches – und um eine Einleitung (Detlef Schmiechen-Ackermann), einen systematisierenden Abendvortrag (Michael Wildt), einen ausformulierten Redebeitrag zu der abschließenden Podiumsdiskussion (Wolf Gruner) und zwei vormalige Panel-Einführungen (Kirsten Heinsohn und Lu Seegers) ergänzt. Diese 30 Aufsätze sind in sechs thematische Abschnitte unterteilt: Die Diskussion um „Volksgemeinschaft“, die seit mittlerweile zwei Jahrzehnten in der NS-Forschung tobt (I), internationale und vergleichende Perspektiven (II), der Stellenwert der zeitgenössischen Akteure für Vergemeinschaftungs- und Exklusionsprozesse (III), die Praktiken und Semantiken (IV) sowie Repräsentationen (V) von „Volksgemeinschaft“ in der NS-Zeit und die Gedenkstättenarbeit nach 1945 (VI). Einleitend führt Mitherausgeber Schmiechen-Ackermann in erste Ergebnisse des von ihm geleiteten Forschungskollegs und den Aufbau des Sammelbandes ein, ohne dabei jedoch die

This material is under copyright. Any use outside the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

teils voraussetzungsvollen historiografischen Konzepte zu erläutern, die in den Überschriften der Abschnitte III, IV und V mit Begriffen wie „Exklusion“, „Praktiken“, „Semantiken“ und „Repräsentation“ anklängen. Auch die einzelnen Aufsätze nehmen höchstens lockeren Bezug auf das jeweilige Oberthema – eine analytische Klammer ist kaum einmal zu erkennen.

Für die Debatte um Nationalsozialismus und „Volksgemeinschaft“ birgt der Sammelband zweifellos einen Mehrwert, der sich vor allem in einigen Aufsätzen der Abschnitte II und IV manifestiert. Darin wird die ursprünglich auf das „Altreich“ und die Vorkriegszeit konzentrierte Forschungsperspektive erweitert und auf die NS-Okkupationspolitik, den Zweiten Weltkrieg und den Vergleich mit anderen politischen Systemen ausgedehnt. Beispielsweise zeigen die Ausführungen von Stephan Lehnstaedt über die „Volksdeutschen“ im Generalgouvernement, von Ernst Langthaler über die Zwangsarbeit im „Reichsgau Niederdonau“ und von Wiebke Lisner über die Hebammen im „Reichsgau Wartheland“, wie fruchtbar es sein kann, das Wort „Volksgemeinschaft“ der historischen Analyse zugrunde zu legen. Drei weitere Aufsätze sind besonders in methodischer Hinsicht wichtig: Sie befassen sich mit dem Nutzen des Begriffs „Gemeinschaft“ für den Diktaturvergleich (Schmiechen-Ackermann), mit dem Konzept „Kulturnationalismus“ als möglichem Tertium Comparationis mit den USA (Adelheid von Saldern) und mit der Kategorie „Geschlecht“ (Heinsohn), die das wohl größte Potenzial für weitere Forschungen über „Volksgemeinschaft“ birgt. Dagegen verbleiben die Aufsätze in Abschnitt III eher in bekannten Bahnen und thematisieren die Mobilisierung der deutschen Wirtschaft im Krieg (Oliver Werner), die NS-Freizeitvereine (Henning Borggräfe), die „Arisierung“ des deutschen Sports (Henry Wahlig / Lorenz Peiffer) und die Funktion der NSDAP für die Herstellung „volksgemeinschaftlicher“ Normen (Kerstin Thieler). Aus dem Rahmen fällt lediglich Andrew Stuart Bergersons Analyse des Briefwechsels eines evangelischen Liebespaares, den er wenig überzeugend als Konstituierung von „Volksgemeinschaft“ in einer spezifischen Interaktion interpretiert.

Generell ziehen sich dieselben Schwächen durch den Sammelband, die auch in dem mittlerweile fast inflationären Reden der NS-Forschung über „Volksgemeinschaft“ zum Ausdruck kommen. Erstens der holistische Sprachgebrauch, bei dem das Wort synonym mit „Gesellschaft“ verwendet wird, ohne dabei ein gesellschaftsgeschichtliches Analysekonzept für den Nationalsozialismus zugrunde zu legen bzw. erst zu entwickeln, zweitens ein methodologisch irreführender Essentialismus, der sich in den verzweifelt Versuchen äußert, „Volksgemeinschaft“ zu definieren und dazu führt, die situativen Verwendungszusammenhänge dieses Wortes nach 1933 zu unterschlagen, und drittens eine willkürliche Subsumtion spezifischer Praktiken wie Gewalt, Indoktrination, Mobilisierung, öffentliche Inszenierungen, „Lebensfeiern“ und Niederschrift persönlicher Gedanken unter einen Substanzbegriff, der keinerlei temporale Entwicklungsdynamik kennt. Im Grunde genommen ist es der NS-Forschung bislang nicht gelungen, die immense Bedeutung, die das Wort „Volksgemeinschaft“ für die alltägliche Funktionsweise des NS-Staates besaß, empirisch zu plausibilisieren. Dieser Vorwurf betrifft übrigens auch die mittlerweile unter dem Dach des Forschungskollegs publizierten Qualifikationsarbeiten, die es allesamt nur kursorisch benutzen. Es bleibt weiterhin eine Herausforderung für die NS-Forschung, den Ort der „Volksgemeinschaft“ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte genauer zu bestimmen.

ARMIN NOLZEN
Warburg

VSWG 106, 2019/3, 409–411

Dietmar Süß

„Ein Volk, ein Reich, ein Führer“. Die deutsche Gesellschaft im Dritten Reich (Die Deutschen und der Nationalsozialismus), C. H. Beck, München, 2017, 303 S. (4 Abb.), 18,00 €.

Thomas A. Kohut

Eine deutsche Generation und ihre Suche nach Gemeinschaft. Erlebte Geschichte des 20. Jahrhunderts Psychosozial-Verlag, Gießen, 2017, 455 S., 44,90 €.

Die beiden zu besprechenden Bücher könnten auf den ersten Blick unterschiedlicher nicht sein. Thomas A. Kohut legt die deutsche Übersetzung seines 2012 in englischer Sprache erschienen Buches vor, das in der Tradition der Psychohistorie und auf der Basis lebensgeschichtlicher Interviews die Suche nach Gemeinschaft als Schlüsselerfahrung der Kriegsjugendgeneration beschreibt. Kohuts Enttäuschung über die „Einförmigkeit“ der Interviews (S. 34) kompensiert er, indem er „sechs schlüssige, kohärente Narrative“ (S. 21) konstruiert, die er wahlweise zu „Idealtypen“, „Paradigmen“ und individualisierten Repräsentationen des Halbwachsschen Kollektivgedächtnisses erklärt (S. 36). Dazu montiert er 62 lebensgeschichtliche Interviews mit Angehörigen des Freideutschen Kreises (1947–2000) zu sechs fiktionalen Biographien; das Verfahren kann im Apparat nachvollzogen werden. Jeweils eine fiktionale männliche und eine weibliche Figur fungieren als Platzhalter dieser Kollektivbiographie in drei Zeitschichten: Jugendliche in den 1920er Jahren, junge Erwachsene in den 1930ern und im Krieg, reife Erwachsene im Nachkrieg. Die biographischen Erzählungen jeder Zeitschicht werden in einer „Analyse“ unter Rückgriff auf den gesamten Korpus eingebettet und psychoanalytisch gedeutet (hier fühlt sich der Rezensent nicht kompetent), und in „Essays“ historisch kontextualisiert.

Kohut vergibt die Chance, hinter die „biographische Illusion“ (P. Bourdieu) zu blicken. Im Gegenteil: Er verstärkt sie durch sein Montageverfahren. Zwar kann das Ganze mehr sein als die Summe seiner Teile, doch unterschätzt der Autor die suggestive Kraft der in der ersten Person erzählten fiktionalen Lebensgeschichten. Die Kohärenz der „Erzählgemeinschaft“ (so Jürgen Reulecke im Vorwort, S. 12) liegt aber nicht nur am Montageverfahren. Dieses verstärkt nur den Effekt, der in der Untersuchungsgruppe begründet liegt: Die Interviews stammen von ganz überwiegend bürgerlichen, protestantischen, kaum religiös „gestimmten“ Angehörigen der Kriegsjugendgeneration, die in den 1920er Jahren bündisch organisiert waren und sich ab Ende der 1940er Jahre als „Freideutscher Kreis“ erneut zusammenschlossen. Diese Filter schränken die Reichweite der Deutungen Kohuts erheblich ein, denn das anhaltende Selbstgespräch der Gruppe nach 1945 mündete in selbstähnliche biographische Erzählungen ihrer Mitglieder. Irritationspotenzial hätte dagegen in der Frage nach jenen Angehörigen der Bündischen Jugend gelegen, die sich nach 1945 *nicht* „freideutsch“ organisierten.

Es macht wenig Sinn dem Autor die begrenzte Perspektive der von anderen erhobenen Quellen vorzuwerfen. Gerade deswegen hätte sich der Rezensent allerdings eine systematischere Kontrastierung mit anderen sozialen Gruppen gewünscht; die Wirkung der fiktionalen Ich-Erzählungen

hätte Kohut außerdem brechen können, indem er „Quelle“, Analyse und Essays miteinander verschränkt. Bei allen methodischen Einschränkungen gelingt Thomas A. Kohut eine dichte Beschreibung generationeller Erzählmuster, wobei er die wiederholten und vielfältigen Verlusterfahrungen und den Nexus von Verlusterfahrung/-ängsten und Gemeinschaftssuche plausibel macht.

Vorgehen und Ziel des Buches von Dietmar Süß sind gänzlich anders. Der Augsburger Sozial- und Zeithistoriker liefert eine gut lesbare Synthese der Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, die durch die neuesten Forschungen zu „Volksgemeinschaft“, Arbeit, Leistung und Ungleichheitsstrukturen im NS inspiriert ist. Dem Band ist – wie allen Bänden der Reihe „Die Deutschen und der Nationalsozialismus“ – eine zeitgenössische Formel als Titel vorangestellt: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“. Dieser Aufhänger irritiert, ist Süß doch auf Schritt und Tritt damit beschäftigt, den dahinterstehenden politischen Anspruch zu dekonstruieren und zu untersuchen, wie die Nationalsozialisten dieses „Zukunftsversprechen“ (S. 10) zu realisieren suchten. Die Irritation ist also produktiv, in der Einleitung formuliert Süß programmatisch: „Rassismus und Gewalt, Partizipation und Leistungsideologie. Davon handelt dieses Buch“ (S. 9). Diese Kernfragen von Inklusion, Exklusion und Distinktion durchlaufen wie ein *basso continuo* das gesamte Buch. Die Verfolgung ganzer Teile der deutschen Gesellschaft versteht Süß als integralen Teil einer Gesellschaftsgeschichte des NS. Dabei greift er ungewohnte Perspektiven auf, etwa wenn er im Zusammenhang mit Euthanasie und Versorgungsproblemen im Krieg auf den Umgang mit ausgebombten Altenheimbewohnern, Demenz und Alterskrankheiten eingeht.

Die chronologische Differenzierung erfolgt durch die vier Hauptkapitel, die sich der Etablierung des Regimes, den Friedensjahren, den Kriegsjahren und dem Ende des NS widmen. Einzelne Schlüsselmomente (1933/35/38) werden explizit gemacht, ansonsten bleiben Chronologie und Wandel innerhalb der Phasen eher implizit. Geschickt sind aus Egodokumenten rekonstruierte Einzelschicksale, Aussagen zu sozialen Gruppen und die Analyse politischer und sozialer Strukturen der deutschen Gesellschaft verknüpft. Die weitgehende Persistenz des ungleichen Zugangs zu materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen wird eher am Rande gestreift, ebenso wie „Arisierungen“ und andere Formen der Bereicherung. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Abschnitte zu Arbeit und Leistungsbegriff, in denen das weite Kontinuum von freier und unfreier Arbeit sichtbar wird; in den Abschnitten zu Privatleben und Lebenswelten bezieht Süß auch die Verfolgten des NS ein; in seinen Überlegungen zur NS-„Wertegemeinschaft“ (S. 73–84, 242–251, der Begriff S. 162) argumentiert er zurückhaltender als bisherige Annäherungen an eine spezifische Moral des Nationalsozialismus.

Ohne Max Weber geht es auch bei Süß nicht, wenn er die Institutionalisierung des Ausnahmezustands und den Versuch, die spezifische Dynamik des NS zu verstetigen, als „Veralltäglichung“ deutet. Den von Süß beschriebenen Prozess könnte man als Suchen und Finden der eigenen Position in der „Volksgemeinschaft“ umschreiben. Dieser Prozess war in einer „Gesellschaft in permanenter Bewegung“ (S. 242) jedoch nie abgeschlossen. Zu welchem sozialen und psychischem Druck das führte, zeigt das Kapitel über „Träume und Alpträume“. Der Band endet mit einem Blick auf die vom NS gelösten, erodierten und neu geknüpften sozialen Bindungen als Ausgangspunkt der deutschen Nachkriegsgesellschaft.

Zwischen den Bänden liegen auch auf den zweiten Blick Welten – gerade wenn man bedenkt wie selbstverständlich die „konventionelle“ Forschung inzwischen die Erfahrungs- und Emotions-

geschichte des NS fruchtbar macht –, auch ohne Quellenmontagen und Anleihen bei der Psychoanalyse.

JÜRGEN FINGER

Paris

VSWG 106, 2019/3, 411–412

Martina Winkler

Kindheitsgeschichte. Eine Einführung

V&R unipress, Göttingen 2017, 240 S. (30 Abb.), 35,00 €.

Dass „Kindheit“ keine feststehende Tatsache darstellt, sondern Kategorie und Konstrukt ist, wird nicht nur in den Geschichtswissenschaften, sondern auch in anderen Disziplinen, etwa der Erziehungswissenschaft, diskutiert und beforscht. Martina Winkler ist Professorin für Osteuropäische Geschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Ihre Einführung wendet sich sicherlich in erster Linie an die Studierenden ihres eigenen Faches. Aber nicht nur diese werden das Buch mit Gewinn lesen, auch für Studierende, Wissenschaftler/innen anderer Disziplinen sowie interessierte Laien ist das Buch bereichernd.

In insgesamt 13 Kapiteln wird ein Überblick über die Kindheitsgeschichte und die Kindheitsforschung gegeben, der v. a. die Forschungsgeschichte seit den 1960er Jahren und hier den Fokus auf Europa und Nordamerika seit dem Mittelalter abbildet. Die Autorin bleibt dabei aber nicht stehen. Sie bezieht sich auch auf die Nachkriegs-kindheit in sozialistischen Ländern, was ihrem eigenen Forschungsgebiet, der osteuropäischen Geschichte, entspricht. Zudem versucht sie den Eurozentrismus zu überwinden und den Blick auf eine globalhistorische Kindheitsperspektive zu lenken.

Es ist zunächst festzuhalten, dass das Buch ausgesprochen leserinnen- und leserfreundlich geschrieben ist. Die Darstellung ist spannend, der Stil unterhaltsam. Es gibt äußerst anschauliche Beispiele, erhellende Illustrationen und stets (dem einführenden Charakter des Buches geschuldet) ausgezeichnete Hinweise auf vertiefende Literatur und Quellen. Im 14. Kapitel werden wissenschaftliche Hilfsmittel, auch für die Onlinerecherche, ausgewiesen (Handbücher, Bibliografien, Enzyklopädien, Onlinefachportale). Internationale und neue Literatur wird berücksichtigt, ebenso wie die Klassiker (v. a. Ariès) ausführlich dargestellt und kritisch gewürdigt werden.

Das Buch erreicht einen gelungenen Rundumschlag. Inhaltlich am dichtesten und spannendsten ist es in den ersten Kapiteln, die die eigentliche Kindheitsgeschichte chronologisch darstellen. Die Auseinandersetzung mit der geschichtlichen Verfasstheit der Kindheitskonzepte und ihren Antinomien ist höchst interessant und bestechend entwickelt. Bestimmte Kindheitskonzepte prägen sowohl wissenschaftliche als auch subjektive Theorien und Diskussionen bis heute, etwa die romantische versus die aufklärerische Sicht auf das Kind. Das vermeintliche Gegensatzpaar (organisiertes) Lernen oder (freies) Spiel in der Kindheit findet sich zum Beispiel immer noch in der Elementar- und Primarpädagogik. Insgesamt stellt das Buch ausgezeichnet und differenziert dar, wie und in welchen Zusammenhängen Kindheit konstruiert wurde und wird.

Ein Einführungsbuch muss naturgemäß auswählen und sich begrenzen. Und bei aller Ausführlichkeit und Differenziertheit, die das Buch zweifelsohne auszeichnet, werden manche Aspekte etwas knapp behandelt.

Die abschließenden Kapitel über Kindheitsbilder, Kinderliteratur und Kindheit im Film erscheinen weniger differenziert, da sie recht umfangreiche Forschungsgebiete doch sehr stark komprimieren. Hier wirkt die Darstellung eher exemplarisch und weniger erschöpfend als in den ersten Kapiteln.

Insgesamt gefallen in dieser äußerst lesenswerten Einführung aber auch die kritischen und ungewöhnlichen Sichtweisen, die man u. a. im Kapitel über Kinderrechte oder im bereits genannten Kapitel über Globalgeschichte und Kindheit findet.

ASTRID RANK

Regensburg

D. Wirtschaftsgeschichte

VSWG 106, 2019/3, 412–414

Hartmut Berghoff / Adam Rome (Hg.)

Green Capitalism. Business and the Environment in the Twentieth Century

Pennsylvania U. P., Philadelphia 2017, 298 S., 65,00 \$.

Die Subdisziplin der Umweltgeschichte hat schon längst die alleinige Darstellung von historischen Umweltschäden hinter sich gelassen, wie der von Hartmut Berghoff und Adam Rome herausgegebene Sammelband „Green Capitalism“ zeigt. Einerseits werden die mit Umweltthemen Geschäfte machenden Branchen wie die Entsorgungswirtschaft betrachtet, andererseits suchen die Beiträge nach übergeordneten Antworten auf die Frage, ob die in den letzten 200 Jahren mit Umweltzerstörungen einhergehende Entwicklung des Kapitalismus ausgangs des 20. Jh.s einen Wendepunkt gefunden hat, sodass „business“ zum „participant in the environmental movement“ (S. IX) werden könnte.

Die beiden Herausgeber gliedern den 13 Aufsätze umfassenden Band in vier Abschnitte: Im ersten Teil, „The Big Picture“ überschrieben, gibt der Umwelthistoriker Adam Rome einen Überblick über die „Ecology of Commerce“ im Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Berghoff rät aus unternehmenshistorischer Sicht unter dem Titel „Shades of Green“ zu einer skeptischen Grundhaltung gegenüber „green utopia“ (S. 32), weist aber Unternehmen bspw. bei der Limitierung der Erderwärmung eine zentrale Rolle zu, zumal seit den 1970er Jahren ökologischen Faktoren in Unternehmensentscheidungen eine wachsende Bedeutung zukommt. Bei der Betonung eines anpassungs- und innovationsfähigen, am eigenen Überleben interessierten Kapitalismus gerät etwas aus dem Blick, dass mit gleichem Recht die Gewinn- und narzisstische Machtorientierung von Unternehmen und ihren Spitzenmanagern angeführt werden könnten, um deren Beitrag zur Klimakrise und zum Raubbau an der Natur auszuweisen. Umweltschäden auf das Fehlverhalten Einzelner zurückzuführen wie Ann-Kristin Bergquist (S. 171), greift zu kurz.

This material under copyright. Any use outside the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

Der zweite Abschnitt „Conservation Before Environmentalism“ führt ans Ende des 19. Jh.s zurück: Christine Meisner Rosen zeigt die damals führende Rolle der Wirtschaft bei der Regulierung von industriellen Luftbelastungen. William D. Bryan verweist auf den engen Zusammenhang von ökonomischer Entwicklung und Bewahrung von Naturschönheiten, deren intensive touristische Nutzung den besten Schutz gebracht hätte. Die Elektrizitätswirtschaft der USA galt Anfang des 20. Jh.s vielen als Faktor zur Steigerung von Gesundheit und Wohlstand. „Power Moguls“ (S. 111) etablierten nach dem Urteil von Julie Cohn das Paradox der Gleichzeitigkeit von Umweltschutz und -beschädigung durch eine Pfadabhängigkeit, die zu immer größeren Kraftwerken, mehr Dammbauten, längeren Leitungsnetzen und höherem Stromverbrauch geführt habe.

Im dritten Themenblock „Failures and Dilemmas“ zeigt David Kinkela die Umweltfolgen der Produktinnovation des Plastik-Sechserträgers auf. Die Entwicklung einer neuen Generation von umweltfreundlicherem Einwegplastik zeigt den inhärenten Konflikt zwischen den „ambitions of green capitalism“ (S. 131) und Wirtschaftszweigen und Produkten, die auf „fossil fuels, or industrial chemistry“ basieren. Leif Frederickson behandelt das Vorhaben von Ford, mit der Entwicklung und Markteinführung des vollelektrischen Ecostar in den frühen 1990er Jahren auf die regulatorische Zero-Emission-Policy des Staates Kalifornien zu reagieren. Das schlussendlich nicht nur an der mangelnden Rentabilität, sondern auch an der wechselhaften Dynamik der „informational asymmetry between business, consumers, and regulators“ (S. 114) scheiternde Projekt trug gleichwohl dazu bei, elektrifizierte Autos in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und die im 21. Jh. bei Verbrauchern wachsende Nachfrage vorzubereiten.

Teil vier umfasst vier Fallstudien zum „Going Green“, dem Übergang zu einer ökologischeren Fertigung oder zu umweltverträglicheren Produkten. Am Beispiel des schwedischen Montankonzerns Boliden, der seit mehr als 90 Jahren Kupfer, Silber, Gold und anderen Metalle abbaut und vor allem in eigenen Hütten verarbeitet, aber mit Umweltskandalen wie einem Dambruch oder dem Giftmüllexport nach Chile in Verbindung gebracht wird, macht Ann-Kristin Bergquist nachvollziehbar, wie der Konzern in den 1990er Jahren eine nachhaltige Produktion einführte, um eine „Green Copper“-Strategie zu verfolgen, die das öffentliche Ansehen steigerte und die Neukonzessionierung von Abbaustätten erleichterte. Der Beitrag von Brian C. Black über den ökologischen Umbau des Automobils und der automobilen Gesellschaft muss offenlassen, ob Hybrid-, vollelektrische Fahrzeuge oder in mittlerer Frist gar Brennstoffzellenautos das Straßenbild bestimmen werden und welche Ökobilanz dann gezogen werden kann. Dass die globale Kundenvorliebe für SUVs mit hohem Eigengewicht die ernsthaften Bemühungen zur Brennstoffeinsparung und Schadstoffvermeidung konterkariert, bildet eine Gegentendenz, wie überhaupt die fortbestehende Dominanz des automobilen Individualverkehrs eine grundlegende Änderung verhindert.

In der Wundertüte des Sammelbandes gefällt der Rückblick „Entrepreneurship, Policy, and the Geography of Wind Energy“ von Geoffrey Jones auf die letzten beiden Jahrzehnte des 20. Jh.s besonders, da er die wirtschaftliche Startphase der kommerziellen Windkraftnutzung in globaler Perspektive untersucht. Durch den systematischen Vergleich kann er dänische Unternehmen als Big Player der Windkraftbranche ausweisen und auf das rasante Wachstum spanischer und indischer Anbieter hinweisen. Jones zeigt auf, dass insbesondere die in den 1990er Jahren massive öffentliche Förderung und die Nachfrage nach lokalen Anbietern von Windkraftanlagen enorme Wachstumspulse für die Windkraftindustrie bspw. in Deutschland setzten. Deutschsprachige Leser werden die klaren Ausführungen von Roman Köster über Hausmüllrecyclingunternehmen in seiner 2017

erschienenen Habilitationsschrift „Hausmüll. Abfall und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1990“ vertieft verfolgen wollen.

Der Sammelband verdient wegen seiner Vielfalt und Multiperspektivität Beachtung, wie überhaupt eine „critical eco-cultural business history“ (Berghoff, S. 32) die von wirtschaftlichen Akteuren verfolgte Logik in der Umweltgeschichte auszuweisen hilft. Damit ist ein weites Forschungsfeld aufgespannt.

MANFRED GRIEGER

Gifhorn

VSWG 106, 2019/3, 414–415

Markus A. Denzel / Andrea Bonoldi / Anne Montenach / Françoise Vannotti (Hg.)
Oeconomia Alpium I: Wirtschaftsgeschichte des Alpenraums in vorindustrieller Zeit. Forschungsaufriß, -konzepte und -perspektiven
 De Gruyter Oldenbourg, Berlin 2017, VIII und 313 S., 99,95 €.

Grundsätzlich ist jeder Versuch, ein bestimmtes Forschungsgebiet wie die Wirtschaftsgeschichte der Alpen in einer Synthese darzustellen, sehr zu begrüßen. Allerdings macht ein solcher Versuch v. a. dann Sinn, wenn die letzte Synthese dieser Art schon weiter zurückliegt und daher anzunehmen ist, dass inzwischen viele neue Detailstudien entstanden sind, die eine neue Synthese rechtfertigen. Im vorliegenden Fall wurde die letzte Gesamtdarstellung dieser Art vom derzeit wohl besten Kenner der Geschichte der Alpen, nämlich dem Schweizer Historiker Jon Mathieu, erst vor wenigen Jahren vorgelegt („Die Alpen. Raum – Kultur – Geschichte“, Ditzingen 2015 und „Geschichte der Alpen 1500–1900. Umwelt, Entwicklung, Gesellschaft“, Wien 1998). Warum von den Herausgebern des vorliegenden Tagungsbandes, der als Beginn einer auf drei Bände ausgelegten Wirtschaftsgeschichte der Alpen in vorindustrieller Zeit konzipiert wurde, auf diese grundlegenden Arbeiten nur am Rande in einer Fußnote (S. 7) hingewiesen wird, bleibt schwer zu ergründen.

Die Beiträge, die 2015 auf der Tagung in Hall in Tirol vorgestellt wurden, sind wohl noch nicht als Teil der neuen und „langfristig geplanten Synopse“ (S. VIII) anzusehen, sondern vielmehr als Sammlung weiterer, eine solche Synopse vorbereitender Detailstudien. Sie wird von zwei Aufsätzen eingerahmt, die der Mitherausgeber Markus A. Denzel selbst verfasst hat. Im ersten wird der Untersuchungsraum der Alpen als Transitraum zwischen Nord und Süd verstanden, für den drei große Themenblöcke untersucht werden sollen, nämlich der Raum und seine Menschen, ihr Alltag sowie Handel, Migration und Verkehr. Im zweiten werden die einzelnen Beiträge der Konferenz noch einmal zusammenfassend dargestellt und daraus die weiteren Aufgaben des Projektes abgeleitet. Dazwischen finden sich mehrere Fallstudien, die sich mit verschiedenen Aspekten der vielfältigen Wirtschaftsgeschichte der Alpen beschäftigen und dabei auch auf Forschungsdesiderata hinweisen. Gabriel Imboden will zeigen, dass es kapitalistische Unternehmer, die auf die „gewinnerschöpfende Kraft des Kapitals“ (S. 29) setzten, auch in den Alpen gab, wenn auch vielleicht in etwas geringerer Zahl und zum Teil auch in anderer Form als außerhalb der Alpen. Andrea Bonoldi

greift das Konzept der Institutionenökonomie auf und fragt, inwiefern die institutionellen Rahmenbedingungen auf politischer, sozialer, rechtlicher und sonstigen Ebenen das Wirtschaften in den verschiedenen Teilen der Alpen mitbestimmen. Ob das vielfach beschriebene alpine Bevölkerungsmodell einer genaueren Überprüfung tatsächlich standhält, versucht Alessio Fornasin zu klären. Einen Forschungsüberblick zu den Auswirkungen von Klima und Umwelt liefert Christian Rohr, und zwar sowohl in allgemeiner Hinsicht als auch anhand ausgewählter Beispiele. Gerhard Siegl schlägt den Ausdruck „ländliche Gemeingüter“ als weitgehend vergleichbaren Überbegriff für die verschiedenen Formen gemeinschaftlich genutzten Landes vor und informiert zum diesbezüglichen Forschungsstand und den diesbezüglich noch zahlreichen offenen Fragen. Als Beispiel für die vielfältigen Verbindungen zwischen dem Gebirge und dem flachen Land stellt Katia Occhi eine Fallstudie zur großen Bedeutung vor, die die ostalpinen Waldreserven für die Holzversorgung von Venedig hatten, während Luigi Lorenzetti zu diesem Aspekt die sozioökonomischen und politischen Aspekte der Arbeitsmigration aus den alpinen Tälern in die Städte der Ebene näher beleuchtet. Dass bis zur Erstellung eines Gesamtbildes vom verarbeitenden Gewerbe in den Alpen noch viele weitere Forschungen notwendig sind, zeigt Reinhold Reith, wobei er selbst speziell auf die Arbeitsmigration der Tiroler Bauhandwerker nach Norden und die sie antreibende Motivation etwas genauer eingeht. Auf die wichtige Bedeutung, die den Söldnerdiensten in Frankreich und Savoyen als Einkommensquelle für das Wallis im 16. bis 18. Jh. zukam, weist Louiselle Gally-de-Riedmatten hin. Drei weitere Beiträge befassen sich mit dem legalen wie illegalen Handel, wobei sich Cinzia Lorandini mit den Exporten, Importen und dem Transithandel in den Tiroler Alpen sowie Mark Häberlein in einer Fallstudie speziell mit der Memminger Welser-Vöhlin-Gesellschaft und ihrem transalpinen Safran-, Kupfer- und Stoffhandel aus Italien, Tirol, dem schweizerischen Freiburg und Como beschäftigen, während Anne Montenach die Rolle des Schmuggels in den Grenzgebieten der Dauphiné zwischen Genf, Piemont, Savoyen und Lyon untersucht. Philipp R. Rössner vergleicht die Montanregion Schwaz mit dem sächsisch-böhmischen Erzgebirge, bevor schließlich Mechtild Isenmann – allerdings weitgehend ohne Bezug zu den Alpen – mögliche Konflikte zwischen wirtschaftsethischen Idealen und ökonomischer Realität problematisiert. Insgesamt ergibt sich ein bunter Strauß von Einzelstudien, die zwar noch keine detaillierte Konzeption der geplanten Gesamtdarstellung erkennen lassen, sehr wohl aber als Mosaiksteine einer solchen Synopse dienen können.

FRANZ MATHIS
Innsbruck



VSWG 106, 2019/3, 416–418

Hendrik Ehrhardt

Stromkonflikte. Selbstverständnis und strategisches Handeln der Stromwirtschaft zwischen Politik, Industrie und Öffentlichkeit (1970–1989)

(Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Beihefte 20), Steiner, Stuttgart 2017, 317 S. (4 Abb., 4 Tab.), 56,00 €.

Adam Dyczewski

Öffentliches versus privates Eigentum an gesamtwirtschaftlich bedeutenden Infrastrukturen. Eine wirtschaftshistorische Analyse am Beispiel der deutschen Höchstspannungsnetze während ihrer Anfänge in der Weimarer Republik und nach der Liberalisierung des Energiemarktes in Deutschland im Jahr 1998

(Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 130), Steiner, Stuttgart 2017, 325 S. (8 Abb., 8 Tab.), 55,00 €.

Die 2013 abgeschlossene Jenaer Dissertation von Hendrik Ehrhardt nimmt eine wichtige Zeitspanne in der Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft in den Blick. Sie lässt sich als Vorbereitungs- und Anlaufphase des beschleunigten Wandels verstehen, der die Branche seit den 1990er Jahren erfasste und in die Liberalisierung der Strommärkte, in die große Energiewende und in das Ende der Kernenergie mündete. Die Frage, wie und mit welchem Erfolg die Elektrizitätswirtschaft auf diese technisch-ökonomischen und politischen, ökologischen, aber auch gesellschaftlich-medialen Herausforderungen reagierte, wird an drei exemplarisch ausgewählten Bereichen untersucht: an der Geschichte der Energiebedarfsprognosen und der Kombination verschiedener Primärenergieträger, an der Marktordnung und dem Verhältnis der öffentlichen Elektrizitätsversorger zur industriellen Eigenerzeugung sowie an der Umweltdebatte und den damit aufkommenden neuartigen Legitimationsproblemen gegenüber der Öffentlichkeit. Als erkenntnisleitendes Konzept dient dabei die Frage nach einem umfassend verstandenen, nicht nur auf das Unternehmen selbst, sondern auch auf Politik und Gesellschaft bezogenen „stromwirtschaftlichen Handeln“ (S. 13), also nach der Unternehmenspolitik und dem Agieren gegenüber anderen gesellschaftlichen Teilsystemen, nach Selbstverständnis und Selbstdarstellung der Elektrizitätswirtschaft.

Seit den 1970er Jahren, so die Argumentation des Verf., geriet das überkommene Modell staatlich regulierten Wirtschaftens unter dem Schutz einer ordnungspolitischen Ausnahmeposition von mehreren Seiten unter Druck: 1. Der bis dahin als fest angesehene Zusammenhang zwischen dem Wachstum des Sozialprodukts und den Zuwachsraten des Stromverbrauchs löste sich auf. Dadurch trat nicht nur erhebliche Unsicherheit hinsichtlich der Investitionen in diesem auf langfristige Vorausplanung angewiesenen Sektor ein, sondern verschärfte sich auch das Problem der politisch gewollten Verstromung der deutschen Steinkohle in Konkurrenz zur Kernenergie. Und noch schlimmer: Hier bahnte sich bereits ein Glaubwürdigkeitsverlust an, weil der Weg in die Kernenergie plötzlich nicht mehr als alternativlos erschien. 2. Während die Elektrizitätswirtschaft Angriffe auf ihre kartellrechtlich abgesicherte Ausnahmeposition relativ leicht behaupten konnte, reagierte sie 3. in der beginnenden Umweltdebatte auf Luftverschmutzung und Waldsterben sowie auf die Reaktorunfälle von Harrisburg und Tschernobyl sowohl mit technischen Maßnahmen (Luftreinhal-

tung, Entschwefelung), vor allem aber mit einer intensiveren Selbstdarstellung und Aufrüstung der Öffentlichkeitsarbeit und versuchte, ihr umweltpolitisches Profil zu stärken.

Die Ergebnisse der einzelnen Teile überzeugen ebenso wie die abschließende Einordnung in die allgemeine Strukturbruch-These über die 1970er Jahre. Das Gesamtfazit, dass sich „das Handeln der Stromwirtschaft [...] zwischen Beharrungsvermögen und Veränderungsdruck“ bewegte (S. 263) und dass in dieser Phase die Anfänge der späteren grundlegenden Umwälzungen zu suchen sind, erscheint allerdings etwas schmal: Sicher wären auch Aussagen darüber möglich, welche Faktoren – etwa die ordnungspolitische Ausnahmestellung oder die Beharrungskraft des nur von einer kritischen Teilöffentlichkeit angefochtenen Elektrizitätswirtschaftliche Wachstumsparadigmas? – stabilisierend wirkten und woher der Umschwung letztlich kam – wettbewerbsrechtlich doch sicher aus Brüssel? Gerade dieser Aspekt wird in der Arbeit nicht ausreichend berücksichtigt, ebenso die auch in Deutschland intensiv geführten ordnungspolitischen Debatten.

Eine Hauptfrage der Elektrizitätsgeschichte wie auch der aktuellen Elektrizitätspolitik, ob nämlich Staatseigentum und staatlicher Betrieb die überlegene Alternative zum privatwirtschaftlichen Modell darstellen, versucht die Bamberger Dissertation von Adam Dyczewski zu beantworten. In einer Kombination aus theoriegeleiteter Analyse und wirtschaftshistorischer Empirie untersucht er für das Hochspannungs-Verbundnetz, also für den strategischen Kern der deutschen Stromversorgung, Vor- und Nachteile beider Modelle und leitet daraus Vorschläge zur künftigen Gestaltung ab.

Im ersten Teil der Arbeit setzt sich der Verf. zunächst relativ weit ausholend mit dem Problem staatlicher Unternehmertätigkeit auseinander. Er versucht, die gängigen Argumente pro und contra systematisch zu erfassen und mittels unterschiedlicher Theorien (Neoklassik, Institutionenökonomik etc.) zu modellieren. Völlig zu Recht kritisiert er an diesen Modellen einen „normativen Charakter“ (S. 64), d. h. dass sie nicht hinterfragte Prämissen, interessengeleitete Setzungen etc. enthalten, etwa dass staatliche Akteure von Natur aus im Interesse des Gemeinwohls handeln würden oder dass öffentliches Eigentum hinsichtlich der Erzielung von gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtseffekten prinzipiell überlegen und damit politisch wünschenswert sei. Hier hilft natürlich nur die Ökonomische Theorie der Politik weiter, und folgerichtig schlägt der Verf. diesen Weg ein, kombiniert ihn dabei kreativ mit finanztheoretischen Ansätzen. Zum Schlüsselbegriff der gesamten Argumentation avancieren dadurch die Kapitalkosten (S. 75 f.): Wenn diese für den Staat niedriger sind, wovon der Verf. bzw. das von ihm präferierte Modell ausgeht, dann sei trotz aller Eigeninteressen der staatlichen Akteure das öffentliche Eigentum gesamtwirtschaftlich überlegen und damit vorzuziehen.

Zwei historische Fallstudien über den Aufbau des Verbundnetzes in der Weimarer Republik und über seine Entwicklung seit 1998, also seit der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes, sollen diese theoretischen Einsichten belegen – das Ergebnis allerdings überzeugt ebenso wenig wie die abschließende eindeutige Empfehlung zugunsten des öffentlichen Eigentums und Klage über die verpasste Chance des Rückkaufs des Verbundnetzes durch den Staat im Jahr 2009. Nicht nachvollziehbar bleibt vor allem, wie das Fazit für den Fall Weimar, dass „das öffentliche Eigentum an HöS-Netzen überwiegend die ökonomische überlegene Alternative aus dem gesamtwirtschaftlichen Blickwinkel darstellen kann“ (S. 174; analog zur jüngsten Geschichte S. 296) zum apodiktischen Schlussurteil mutiert, beide Studien würden „im Ergebnis zeigen, dass das öffentliche Eigentum an HöS-Netzen nach ökonomischen Kriterien eine überlegene Alternative aus dem gesamtwirtschaftlichen Blickwinkel darstellt“ (S. 199; auf sprachliche Mängel in diesen beiden Formulierungen wie

in der Arbeit überhaupt sei nur hingewiesen). Hinter dieser Auffassung steht offensichtlich eine immer noch viel zu idealistische Sichtweise staatlichen Handelns, v. a. aber eine unzulässige Verengung auf ökonomische Theorien und eine Vereinfachung der Erzählung bzw. Vernachlässigung der historischen Empirie, wie sie an den Wirtschaftswissenschaften neuerdings häufiger kritisiert wird: So bietet z. B. die Elektrizitätsgeschichte der Weimarer Republik eine Fülle von Beispielen für das Gegeneinander der verschiedenen, von Dyczewski kaum differenzierten Institutionen des Staates (Reich, Länder, Kommunen), für den fiskalischen Missbrauch der Elektrizitätswirtschaft durch öffentliche Elektrizitätsversorger und für die Vermischung betriebswirtschaftlicher, volkswirtschaftlicher, fiskalischer und machtpolitischer Interessen. Die isolierte Frage nach möglichen und wünschenswerten Eigentumsverhältnissen greift hier viel zu kurz. Keine Deduktion, sondern nur eine umfassende empirische Analyse der konkreten Politik – oder wie es in der zuvor rezensierten Schrift genannt wurde: des „elektrizitätswirtschaftlichen Handelns“ – aller beteiligten Akteure kann Aufschluss über die tatsächlichen gesamtwirtschaftlichen Effekte unterschiedlicher Eigentums- und Betriebsformen in der Elektrizitätswirtschaft bringen.

BERNHARD STIER

Koblenz-Landau

VSWG 106, 2019/3, 418–419

Alexander Klimo

Im Dienste des Arbeitseinsatzes. Rentenversicherungspolitik im „Dritten Reich“ (Geschichte des Reichsarbeitsministeriums im Nationalsozialismus). Wallstein, Göttingen 2018, 419 S. (8 Abb.), 39,90 €.

Eine ganze Reihe von Studien zur Geschichte der deutschen Ministerialverwaltungen ist in den letzten Jahren erschienen. Weiterhin aber ist es anregend, sich mit der spezifischen Verwaltungspraxis einzelner Ressorts zu beschäftigen, wie die Dissertation von Alexander Klimo über die Rentenversicherungspolitik im „Dritten Reich“ zeigt. Entstanden innerhalb einer größeren Forschungsgruppe, bietet Klimos Studie eine Nahsicht auf den Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung und damit auf das Handlungsfeld der Hauptabteilung II des Reichsarbeitsministeriums.

Die Analyse erfolgt in sieben Kapiteln, die zum Teil chronologisch, zum Teil systematisch angelegt sind. Nach einer Betrachtung der Behördenstruktur und der Akteurskonstellationen innerhalb der reichsweiten Rentenversicherung wird deren gesetzliche Neuorganisation dargestellt: An ein bereits in den Weimarer Jahren vorbereitetes Sanierungsgesetz Ende 1933 schlossen sich im Juli 1934 Maßnahmen zum Neuaufbau nach nationalsozialistischen Prinzipien sowie die Mobilisierung per „Kriegsgesetz“ im Januar 1941 an. Diesen Überblick beschließt Klimo mit zwei Kapiteln, die sich einerseits der europäischen Erweiterung der deutschen Rentenversicherungspolitik durch Expertennetzwerke und Besatzungsherrschaft widmen, andererseits die administrative Diskriminierung der jüdischen Versicherten in den Blick nehmen.

Das besondere Erkenntnispotenzial der Studie liegt in der genauen Betrachtung der Aushandlung rechtsförmiger Administration im Übergang zur Diktatur und im Vernichtungskrieg. Die ausführliche wörtliche Wiedergabe von Akten wäre dafür nicht immer nötig, auch nicht der Rückgriff auf ein organisationssoziologisches Konzept der Programmentwicklung in Ministerialverwaltungen – zumal dieses im Argumentationsgang erratisch wirkt (S. 104) und im Verlauf der Studie ohnehin in den Hintergrund rückt. Verschiedentlich erscheint die Analyse strukturell und sprachlich nicht ganz austariert. Einleuchtend aber ist der Befund, dass Behördenkomplexe keine starren Apparate sind, sondern dynamische Gefüge, in denen Zielunsicherheit zu Eigeninitiative und zur tastenden Umdeutung der Rechtslage führt. Besonders betont Klimó die Wechselwirkung zwischen Reichsministerium und nachgeordneten Instanzen, die keine Verwaltungsführung „von oben“ ergab, sondern bei der das Ministerium Impulse der Landesversicherungsanstalten oder der lokalen Versicherungsträger aufgriff.

Zugespißt werden diese Beobachtungen in der Analyse der diskriminierenden Wirkung der Rentenversicherungspolitik gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Plausibel erscheint insbesondere die These, dass der Übergang in den Kriegszustand und der Beginn der gewaltsamen Deportationen einen entscheidenden Bruch darstellte: Damit wurden Räume eröffnet, in denen die Rechtsbindung von Verwaltung gar nicht mehr angestrebt wurde. Zugleich wird in diesen Passagen aber auch der Versuch erkennbar, die Quellenbefunde stärker als zuvor zu vereindeutigen; so etwa, wenn mit Bezug auf die Einstellung von Rentenbezügen von „boshaften“ (S. 369) Argumentationsweisen gesprochen, oder die Austarierung von Verordnungsrecht und bestehendem Sozialversicherungsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren als „offener Rechtsbruch“ (S. 381) eingeordnet wird. Die Zurückhaltung gegenüber der Verrechtlichung des Rentenentzugs wertet Klimó etwas widersprüchlich als Versuch der Ministerialen, sich ihrer „Verantwortung“ (S. 385) zu entziehen, während er zugleich ihre antisemitische Motivation betont.

Eine andere Schlussfolgerung führt womöglich weiter: Die Studie zeigt, wie administratives Recht als dynamische Materie in der Diktatur funktionierte, und dass gerade die Ministerialverwaltungen ihr Machtpotenzial in der bewussten Bewahrung rechtlicher Handlungsunsicherheit entdeckten, denn diese war nicht zuletzt in der institutionellen Konkurrenz zu anderen Organisationen nutzbar. Der flexible Umgang mit Rechtsformen im Rentenwesen war so ein entscheidender Beitrag des Reichsarbeitsministeriums zur Ausformung nationalsozialistischer Herrschaft.

STEFANIE MIDDENDORF
Potsdam



VSWG 106, 2019/3, 420–421

Siegfried Kuntsche

Die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften 1951–1990. Dokumente und Untersuchungen, 2 Halbbände

Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2017, 973 Seiten, 98,00 €.

Die außeruniversitäre DDR-Agrarforschung wurde im Wesentlichen durch die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR (AdL) sowie durch unmittelbar dem Ministerium für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft (MLFN) nachgeordnete Einrichtungen getragen. Die AdL wurde 1951 als „Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften“ nach dem Vorbild der Lenin-Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der UdSSR gegründet und bestand 1989 aus 26 Forschungszentren und 21 weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen. Sie beschäftigte 1989 11.400 Personen, darunter 3.300 Wissenschaftler, zusammen mit dem wissenschaftlichen Personal des MLFN belief sich die Gesamtzahl der Wissenschaftler im Agrarbereich (außer Hochschulen und Universitäten) auf ca. 4.000 Personen.¹

Siegfried Kuntsche, ehemals Leiter des Archivs der AdL, hat sich mit dieser Publikation zum Ziel gesetzt, „die Geschichte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften als eine von vier Forschungsakademien der DDR in ihren Grundlagen, Zusammenhängen und Entwicklungen überschaubar zu machen“ (S. 5). Die Publikation besteht aus zwei Teilbänden, wovon der Erste aus der „geschichtlichen Darstellung“ und einer Zeittafel besteht und der zweite, wesentlich umfangreichere, ein Dokumentenband mit abschließenden „Problemsichten“ ist. Anhand dieser Verbindung versucht Kuntsche den normativen Rahmen abzustecken, in dem sich die Akademie als Wissenschaftsorganisation und staatliche Institution bewegte.

Die geschichtliche Darstellung der Entwicklungsphasen der Akademie unterteilt Kuntsche in Zäsuren, die sich nach Jahrzehnten orientieren, z. B. sieht er die 1980er Jahre vor allem durch die Herausforderungen der Mikroelektronik und Biotechnologie gekennzeichnet (S. 126–157). Mit dieser Vorgehensweise versucht der Autor der großen Materialfülle und der Komplexität des Themas gerecht zu werden und trotzdem die übergeordneten Spannungsfelder, wie z. B. Wissenschaftslenkung, Zusammenarbeit unter den Instituten und mit anderen Einrichtungen, Kaderpolitik und der Abschottung gegenüber dem Westen, in den Blick zu bekommen. Insgesamt hat der Autor eine große Menge Dokumente und viel, teils auch bislang unbeachtet gebliebenes, Archivmaterial zusammengetragen. Dabei ist natürlich der Bestand der Landwirtschaftsakademie im Bundesarchiv Berlin (DK 107) die zentrale Überlieferung. Kuntsche konnte auch zahlreiche Zeitzeugen befragen bzw. auf deren Erinnerungen zurückgreifen. Nach dem Werk von Hans Wagemann² hat Kuntsche damit die erste vollständige und übergreifende Darstellung zur Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR vorgelegt und damit einen wesentlichen Beitrag zur Aufarbeitung der Institutionen-, Wissenschafts- und Agrargeschichte der DDR geleistet.

Hingegen macht sich das Fehlen einer übergeordneten Fragestellung auf vielen Ebenen bemerkbar. Die gewählte Darstellungsweise ist Stärke und Problem zugleich: Durch die reichlich quellengestützte Darstellung bis hinunter zur Mikroebene wird vieles über die Geschichte und Entwicklung der Institution deutlich, ja mitunter erst verständlich. Der Text der historischen Analyse, der im Vergleich zum Gesamtwerk eher kurz ausfällt (S. 11–188), ist immer verquickt mit der An-

gabe zur dazugehörigen oder weiterführenden Quelle. Dadurch wird dem Leser reichlich Platz zur eigenen Interpretation gelassen. Bedingt durch das Format einer Gesamtdarstellung und der daraus resultierenden analytischen und darstellerischen Engführung auf den Untersuchungsgegenstand ist die Akademie jedoch insgesamt zu wenig kontextualisiert worden. Bspw. fällt der vergleichende Blick auf andere und ähnliche Institutionen im Ausland gar zu knapp aus und auch der Forschungsstand zur DDR-Geschichte und ihrer Institutionen ist mitunter nicht genügend berücksichtigt. Schließlich erfolgte die Akademiegründung im Herbst 1951 nicht völlig voraussetzungslos und sollte als Teil einer Geschichte gelesen werden, die bereits früher, auch vor 1949 oder 1945, begann. Pfadabhängigkeiten aus der Vergangenheit sollten in den langen evolutiven Vorgeschichten von Großinstitutionen mitbetrachtet werden. Dazu würde etwa auch die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) gehören. Nach 1945 in Ost und West parallel wieder gegründet, stand ihre Abwicklung im Sommer 1951 in der DDR auch mit im Kontext der Akademiegründung (S. 30 f.). Die Kombination aus der Vorgeschichte der Akademie, den Vorgaben der SED und den sowjetischen Anleihen machten den spezifisch ostdeutschen Weg der Landwirtschaftswissenschaften aus.

- 1 Peter Tillack / Oleksa Stepaniuk: Umstrukturierung der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR – Politikoptionen für die Agrarforschung der Ukraine, in: Agrarpolitische Berichte (beim Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung), 01/2015.
- 2 Hans Wagemann (Hg.): Von der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin zur Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR. Ein Beitrag zur Geschichte 1951–1991, 3 Teilbände, Berlin 2006.

SVEN SCHULTZE

Berlin

VSWG 106, 2019/3, 421–422

Bertram Schefold

Die Bedeutung des ökonomischen Wissens für Wohlfahrt und wirtschaftliches Wachstum in der Geschichte

(Sitzungsberichte der Wissenschaftlichen Gesellschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main 55, 2). Franz Steiner, Stuttgart 2018, 38 S., 11,00 €.

Großen Ökonomen wie Keynes, Friedman oder von Hayek wird gemeinhin ein substanzieller Einfluss auf die reale ökonomische Entwicklung eingeräumt. Doch wird der Frage, ob und wie Ökonomen, ihre Ideen und Theorien tatsächlich die ökonomische Realität beeinflussen, selten systematisch nachgegangen. Umso erfreulicher ist es, dass sich Bertram Schefold dieses Themas angenommen hat. Ausgehend von der Beobachtung, dass ökonomisches Wissen weder in ökonomischen noch in wirtschaftshistorischen Arbeiten zum Thema Wirtschaftswachstum eine sonderlich prominente Rolle spielt, liefert Schefold in seinem 38-seitigen Beitrag zunächst einen Erklärungsversuch für diese Vernachlässigung, bevor er anhand von fünf historischen Beispielen die Bedeutung ökonomischen Wissens für die reale Wirtschaftsentwicklung illustriert.

Für die Tatsache, dass ökonomisches Wissen selten als Determinante für ökonomisches Wachstum herangezogen wird, gibt Schefold mehrere überzeugende Gründe an: So verweist er auf das der Neoklassik zugrunde liegende mikroökonomische Entscheidungsmodell, wonach sich ökonomisches Handeln aus der Nutzenmaximierung gemäß Präferenzen, Einkommen und Preisen ergibt, ein Modell, in dem das Wirtschaftssubjekt keinerlei volkswirtschaftliches Wissen benötigt. In anderen Worten: Der homo oeconomicus kommt ohne Wirtschaftswissen aus. Zudem konstatiert der Autor, dass bei der Untersuchung wirtschaftlicher Entwicklung meist naturwissenschaftlich-technisches Wissen im Vordergrund stehe, wodurch die Bedeutung ökonomischen Wissens in den Hintergrund gedrängt würde. Entsprechend würden ökonomische Wachstumstheorien zwar die Bedeutung des technischen Fortschritts, nicht aber ökonomischen Wissens berücksichtigen. Auch wird darauf verwiesen, dass letzteres in der Vergangenheit meist in impliziter Form vorlag, entsprechend schwer analytisch greifbar ist und zudem von modernen Ökonomen meist als überholt eingeschätzt und in seiner Bedeutung verkannt wird. Dabei betont Schefold, dass es sich bei diesem impliziten Wissen oftmals um Vorläufer dessen handelt, was heute in Modellen formalisiert dargestellt wird. Entsprechend schlägt der Autor einen theoriegeschichtlichen Zugang vor, wobei er jedoch durchaus auch die Grenzen aufzeigt, die sich bei der Untersuchung von etwas so schwer Greifbarem auftun.

Um die „Wirkung unterschiedlichen Wirtschaftsdenkens auf die reale Entwicklung“ (S. 22) zu illustrieren, führt Schefold fünf historische Fallstudien an, die zeitlich, geographisch und kulturell einen weiten Bogen spannen: von der Diskussion um die Ausgestaltung der Europäischen Währungsunion über die geldpolitische Kontroverse zwischen Currency und Banking School, dem Münzstreit zwischen Albertinern und Ernestinern im 16. Jh., der Wucherdebatte – beginnend bei Platon und Aristoteles – bis hin zu der Frage, warum die Anfänge der heutigen Nationalökonomie im Westen und nicht etwa in China zu verorten sind. Dieser Parforceritt zeigt eindrucklich, wie sehr vermeintlich modernes ökonomisches Wissen bereits lange vor der Etablierung der Ökonomik als eigenständige Wissenschaft verbreitet war. Dabei leidet die analytische Tiefe der Darstellung keineswegs unter der thematischen Breite der Beispiele oder des begrenzten Umfangs des Beitrags, was angesichts Schefolds weitreichender Kenntnis der ökonomischen Dogmengeschichte wenig überrascht. Allerdings wäre an manchen Stellen eine stärkere Betonung der eigentlichen Wirkung des jeweiligen ökonomischen Wissenskomplexes auf die untersuchte historische Entwicklung wünschenswert gewesen. Auch hätte sich ein zumindest kurzer Verweis auf die unter dem Schlagwort der „performativity of economics“ laufende, eher soziologisch geprägte Forschung angeboten. Abgesehen davon bietet Schefold einen gelungenen Beitrag, der deutlich macht, welche Erkenntnisgewinne dogmenhistorische Forschung für ökonomische und wirtschaftshistorische Fragestellungen bereithält.

LINO WEHRHEIM
Regensburg



VS WG 106, 2019/3, 423–424

Mark Schiefer (Hg.)

Profiteur der Krise. Staatssicherheit und Planwirtschaft im Chemierevier der DDR 1971–1989

(Analysen und Dokumente des BstU. 52), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2018, 483 S. (8 Abb.), 35,00 €.

Intershop, Feierabendbrigade, Schlager Süßtafel: Bezeichnungen, die den DDR-Alltag prägten und noch heute als typisch „ostdeutscher“ Wortschatz gelten. In zahlreichen Filmen ist die DDR und deren Alltag ebenfalls Thema und fasziniert die Zuschauer gleichermaßen – „Das Leben der Anderen“ oder „Die Sonnenallee“ sind nur zwei Beispiele dafür. Diese Begriffe und Filme stellen aber auch die andere Seite der DDR heraus, welche weitaus größere Ausmaße besaß und wohl die zwei wichtigsten Begriffe der DDR-Politik aufgreift, die noch heute jeder mit dieser Thematik verbindet: Planwirtschaft und Staatssicherheit.

Oft wird nicht beachtet, dass diese Begriffe nicht allein für sich, sondern in unmittelbarem Zusammenhang zueinander stehen. Mark Schiefer, Autor des hier vorliegenden Bandes, führt diese beiden Themen anhand der Chemieindustrie – im Speziellen am Beispiel der Kombinate Leuna, Buna und Bitterfeld – zusammen und geht dabei insbesondere auf Funktion, Handeln und Auswirkungen der „Firma Horch und Guck“ (wie das Ministerium für Staatssicherheit, kurz: MfS, gern im Volksmund genannt wurde) ein. In einem einleitenden Teil gibt Schiefer nicht nur einen guten Überblick über die Geschichte der drei Kombinate, sondern auch eine kritisch-analytische Bewertung des Forschungsstandes sowie stark formulierte Aussagen, was seine Veröffentlichung bewirken soll – ambitioniert, möchte man anfangs skeptisch annehmen. Dabei formuliert er auch viele wichtige Fragen, die es auf dem bisher noch wenig erforschten Themengebiet gibt; leider aber stellt er zu viele, sodass man im Dickicht der Fragen versinkt. Dies ist jedoch nur ein kleiner Kritikpunkt, der durch die Kompetenz des Autors und die umfangreiche Auswertung der vielfältigen Quellen schnell wieder wettgemacht wird.

Nach dem Einführungsteil widmet sich Schiefer zunächst dem Aufgabenbereich und den Überwachungsvorgängen des MfS sowie dessen Einbindung in den Betrieben, um dann die dem MfS unterstellten Objektdienststellen und deren Strukturen, Aufgaben und Verfahrensweise darzulegen. Im Hauptteil wird die „Überwachung der Chemiekombinate“ behandelt und dabei in drei Phasen gegliedert: „Bedingungen der ökonomischen Öffnung der DDR 1971–1976“, „Phase der Verschuldung und Konsolidierung 1977–1983“ sowie „Die ökonomische Überforderung und die Suche nach politischer und technischer Stabilität 1984–1989“. Anhand dieser zeitlichen Unterteilung stellt Schiefer noch deutlicher heraus, welche wichtigen wirtschaftspolitischen Einschnitte berücksichtigt werden müssen, die letztlich zu teilweise großen Veränderungen in den Kombinatzen führten. Dabei beschreibt er diese Zäsuren zunächst, um den notwendigen Hintergrund zu schaffen und arbeitet dann an konkreten Fallbeispielen, welche die vielseitige Arbeit und damit einhergehend auch die Wirkung des Überwachungsvorganges des MfS beeindruckend klar aufzeigen. Zudem werden die Beziehungen zwischen Kombinatzen und Außenhandelsbetrieben, gesamt-ökonomische Wirkung, Gründe und Schwerpunkte der Überwachung sowie Maßnahmen zur Produktionserhaltung der Kombinate aufgegriffen. Insbesondere in der letzten Phase wird nicht nur spürbar deutlich, wie

überlastet und überholt die Industrie war – Schiefer spricht von einem Verschleißgrad von über 50 % (S. 354) – sondern auch, dass MfS und SED weiter massiv an Kontrolle gewannen.

Die Qualität von Schiefers Studie ist außerordentlich hoch. Wer zu Beginn Skepsis walten ließ und sich anhand von Zielsetzung, Fragestellungen und Umfang der Arbeit sicher war, dass dies nicht umgesetzt werden könne, der irrt. Der Autor beweist neben einer umfassenden Kenntnis des Themengebiets auch einen beeindruckenden Schreibstil sowie den unerlässlichen Drang, dieses Werk mit allen notwendigen Informationen zu bestücken. So wertet Schiefer nicht nur das umfangreiche Quellenmaterial aus, sondern bindet auch sieben Zeitzeugeninterviews ein, welche die Studie nicht nur auflockern, sondern dem Leser weitere Hintergründe und Belege liefern. In der Zusammenfassung zeigt sich noch einmal, dass v. a. die Arbeit der Objektdienststellen dürftig und die Schwachstellen groß waren, womit zur Lösung von wirtschaftlichen Problemen nicht beigetragen und die Lage im Gegenteil sogar verschlimmert wurde. Daran zeigt sich leider auch der größte Kritikpunkt an der Studie: Die Objektdienststellen und damit das MfS waren sicherlich alles andere als ein Profiteur – somit kommt Schiefer überraschend in seiner Studie zu einem anderen Ergebnis, als er in Titel und Fazit festhält.

JULIA ELISABETH LANGHOLZ

Aalen

